



© Petra Bork/pixelio.de; www.pixelio.de



# Jahresbericht 2012

### Impressum

■ **Herausgeberin:**

Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell

E-Mail: [info@duh.de](mailto:info@duh.de), Internet: [www.duh.de](http://www.duh.de)

■ **Spendenkonto:**

Bank für Sozialwirtschaft Köln **81 90 002**  
BLZ 370 205 00

■ **Autoren:** Oliver Finus, Thomas Fischer, Ulrike Fokken, Annette Grass, Michael Hadamczik, Tobias Herbst, Laura Klein, Franziska Müller, Kati Partzsch, Gerd Rosenkranz, Dorothee Saar, Agnes Sauter, Ulrich Stöcker, Silke Wissel, Nina Wolff

■ **Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken

■ **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch

■ **Druck:** Druckerei Krammer, Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

■ **Bildnachweis:** Titelseite: F. Neuschulz (o), Petra Bork/pixelio.de (l), S. Koschinski, Fjord & Belt Kerteminde, Dänemark (Schweinswal, m), DUH (r); S. 3: A. Busch; S. 4: (von oben) uschi dreiucker/pixelio.de (l), ClipDealer/Boarding 1 Now (l), Trianel/Lang (l), J. Backer/GNF (l), Rainer Sturm/pixelio.de (m), H.-P. Fjeld (r); S. 5: (von oben) R. Janßen (l), First Solar (r), DUH (3x r); S. 6: Rainer Sturm/pixelio.de; S. 7: M. Großmann/pixelio.de (l), DUH (r); S. 8: Janeela/Pixelio.de; S. 9: Thorben Wengert/pixelio.de (l o), J. Quentin/DUH (r o), B. Dietl (u); S. 10: s.media/pixelio.de; S. 11: S. Holzmann/DUH; S. 12: Th. Reinhard/Pixelio.de; S. 13: Rainer Sturm/pixelio.de; S. 14: Janusz Klosowski/pixelio.de (l), DUH (r); S. 15: B. Dietl; S. 16: Victoria Sohns; S. 17: Laminski (l), S. Koschinski Fjord & Baelt Kerteminde, Dänemark; S. 18: C. Arnold/OCEAN2012; S. 19: OCEAN2012; S. 20: Rainer Sturm/pixelio.de; S. 21: S. Gunkel (l), M. Schmalz(r); S. 22: Stadt Chemnitz; S. 23: Wegmannhof (l), Stadt Wernigerode (r); S. 24: H. Reich/Solar Invest AG; S. 26: Rainer Sturm/pixelio.de; S. 29: DUH; S. 28: DUH; S. 32: DUH (o), G. Fiedler/DUH (u); S.33: Pitopia/E. Wodicka, Pitopia/bildbaendiger, Rainer Sturm/pixelio.de, Pitopia/m-mausolf.de (o, v.l.n.r., 2010), privat, Konstantin Pick: ITY STUDIOS Germany; S. 34: S. Holzmann/DUH (l), B. Dietl (m), B. Dietl (o.r.), privat (m.r.), B. Dietl (u.r.); S. 35: B. Kleemann (o.l.), privat (m.l., u.l.), privat (m.o.), B. Kleemann (m, m.u.), privat (o.r.), B. Dietl (m.r., u.r.); S. 40: Umweltamt Stadt Frankfurt/S. Cop (l.o.), Stephanie Hofschlaeger/pixelio.de (m.o.), DUH (r.o.), Rainer Sturm/pixelio.de (u); [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

■ **Redaktionsschluss:** 01.12.2012

■ **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier



## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Weltklimarat IPCC und die Weltbank geben es uns kurz vor Jahresende schwarz auf weiß: Die Weltgemeinschaft unternimmt nicht genug, um das zwei-Grad-Ziel zu erreichen, auf das sich die Staaten geeinigt haben, um den Klimawandel gerade noch zu beherrschen. Wenn die Regierungen, die Wirtschaft, die Politik und die Menschheit jedoch weiterhin so nachlässig mit dem Klimawandel umgehen, warnt die Weltbank, könnte die Erde sich um vier Grad bis zum Ende dieses Jahrhunderts erwärmen.

Die Konsequenzen haben wir alle schon zig Mal gehört, doch es ist eben unvorstellbar, dass Küstenstädte wie New York oder Hamburg überflutet werden. Wir haben keine Vorstellung davon, wie es sein wird, wenn der Nordpol im Sommer eisfrei ist, wie der Weltklimarat im jüngsten Bericht zum „Klimawandel 2013“ schreibt. Die Wissenschaftler zeichnen ein erschreckendes Szenario: Der Golfstrom wird schwächer, Wirbelstürme werden stärker, Dürren trocknen ganze Landstriche aus, der Permafrostboden taut auf und entlässt noch mehr klimaschädliche Gase wie CO<sub>2</sub>.

Für uns von der Deutschen Umwelthilfe e.V. bedeuten diese durchaus apokalyptischen Bilder vor allem eines: Den Einsatz für den Klimaschutz verstärken. Wir lassen daher nicht locker, wenn es darum geht die Energiewende weiter zu entwickeln und die Erneuerbaren Energien zu stärken. In unserem Kampf gegen den Neubau von Kohlekraftwerken bestätigt uns auch die Weltbank. Die Institution hat die Regierungen der Welt aufgefordert, sofort den Bau von Kohlekraftwerken zu stoppen, den Kohleabbau einzustellen und die Subventionierung der Kohleförderung zu beenden. Wir sagen dazu: Genau dafür streiten wir in der Anti-Kohle-Kampagne.

Für den Klimaschutz und eine Begrenzung der Treibhausgase setzen wir uns auch weiterhin im Verkehrssektor ein. Wir prangern die ewigen Trickereien der Autoindustrie an, die keine Gelegenheit auslässt, die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Autos nach oben zu dehnen. Wir decken die fortwährenden Verletzungen von Umwelt- und Klimaschutzgesetzen auf. Und wir setzen uns ein für effiziente und klimaverträgliche Autos, für saubere Luft in den Städten und für eine umweltfreundliche Mobilität. Wir engagieren uns für den Ressourcenschutz und für eine nachhaltige Mehrweg- und Kreislaufwirtschaft. Und so wichtig uns der Klimaschutz ist: Entscheidende Maxime unseres Handelns ist der Erhalt der biologischen Vielfalt. Daher streiten wir weiter für eine naturverträgliche Fischerei, für den Artenschutz in den Meeren und an Land.

Im Namen des Vorstands lade ich Sie herzlich ein, sich ein Bild von der Arbeit der Deutschen Umwelthilfe e.V. zu machen. Lernen Sie unsere Ziele kennen, teilen Sie unsere Erfolge und spornen Sie uns zu weiteren Leistungen für den Umwelt- und Naturschutz an. Ich freue mich auf Ihr Feedback.

Mit herzlichen Grüßen

*Harald Kächele*

Prof. Dr. Harald Kächele  
Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.



© uschi dreifucker/pixelio.de 6



12



16



20

2 Impressum

3 Vorwort

4 Inhalt



6 Die Dynamik

**der Energiewende sichern**

Die DUH engagiert sich für eine zukunftsfeste Energiewende, die den Klimaschutz voranbringt und den Naturschutz nicht in Frage stellt

10 Gebäudeenergie effizienter nutzen – das DUH-Netzwerk Wärme

11 „Der Rückhalt für die Energiewende ist ungebrochen“

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Michael Spielmann über Rücken- und Gegenwind für die Energiewende, ihre Chancen und Kosten und die Notwendigkeit, die Natur zu schonen

**Verkehr und Luftreinhaltung**

12 Mehr Klimaschutz in der Mobilität

Die DUH streitet vehement für sparsame und abgasarme Fahrzeuge, für anspruchsvolle CO<sub>2</sub>-Grenzwerte und für bessere Luft in den Ballungsräumen

14 Die Initiative für das Umweltzeichen ‚Blauer Engel für Austauschkatalysatoren‘

15 „Das Problem sind die Trickserien der Autoindustrie“

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über falsche Verbrauchangaben der Autohersteller, den Erfolg der Umweltzonen und die Chancen für das natürliche Kältemittel in Autoklimaanlagen



16 Mehr Schutz für die Meere

Die DUH-Meeresschützer diskutieren mit Fischern über naturverträgliche Fangtechniken, streiten mit Bundesregierung und EU-Institutionen über eine nachhaltige Fischereipolitik und setzen sich für den Schutz des Schweinswals beim Bau der Offshore-Windenergie ein

19 Der Fish Dependence Day und die Verantwortung der Verbraucher

20 Natur braucht starke Partner

Die DUH-Naturschützer sind international und regional im Einsatz für den Schutz der biologischen Vielfalt

**Kommunaler Umweltschutz**



**22 Natürlich sozial in Stadt und Land**

Die DUH engagiert sich dafür, dass Natur- und Umweltschutz auch in kommunalen Brennpunkten groß geschrieben wird. Und die DUH ist Partner der „Kommunen für biologische Vielfalt“

**24 Die Energiewende zahlt sich aus**

Die DUH fördert das Verständnis in den Kommunen für die Zusammenhänge zwischen Energiewende und lokaler Ökonomie

**Ökologischer Verbraucherschutz**

**26 Mehr Klimaschutz und weniger Umweltgifte durch DUH-Verbraucherschutz**

Die DUH kontrolliert immer mehr umweltbezogene Verbraucherschutzgesetze. Und Gerichte bestätigen: Die DUH arbeitet im öffentlichen Interesse

**Kreislaufwirtschaft**

**28 Das Mehrwegsystem – ohne Alternative für den Klimaschutz**

Die Fantasie von Industrie und Handel für ein Greenwashing von Dosen, Kartons und Einwegflaschen ist groß – dagegen geht die DUH juristisch vor

**30 Plastikmüll –**

**kommt gar nicht in die Tüte!**

Bioplastikbeutel und deren angebliche Kompostierung hat die DUH als Verbrauchertäuschung enttarnt, gegen Plastiktüten aus Rohöl die Kampagne „Einwegplastik kommt nicht in die Tüte“ gestartet

**Umwelt und Entwicklung**

**32 Eine Welt gemeinsam entwickeln**

Zu Gast beim Bundespräsidenten wirbt die DUH für die Entwicklungsprojekte des Hand in Hand-Fonds. Der Regionalverband Nord bringt in Hannover die nachhaltige Ernährung in Schulen voran

**Medien**

**33 Der UmweltMedienpreis 2012**

**DUH intern**

**34 Das Leitungsteam**

**Bilanz**

**36 Umweltengagement braucht eine verlässliche Finanzbasis**

Eine breite Basis von öffentlichen Geldgebern, Unternehmensspenden und privaten Spenden sichern die Finanzen der DUH

**39 Adressen**



24



28



30



32

# Die Dynamik der Energiewende sichern

Die Deutsche Umwelthilfe engagiert sich für eine zukunftsfeste Energiewende und ist dafür im ganzen Land unterwegs. Wir moderieren Gespräche rund um den Aus- und Umbau der Stromnetze, fordern eine ehrliche Debatte über die Strompreise, eine solidarische Lastenteilung und eine Diskussion der wirklich wichtigen Fragen der Energiewende. Dabei ist das Ziel klar: Den Klimaschutz voranbringen, den Naturschutz nicht in Frage stellen



© Rainer Sturm/pixelio.de

■ Das Jahr eins nach Fukushima stand auch bei der Deutschen Umwelthilfe energie- und klimapolitisch ganz im Zeichen der Energiewende. Wer angesichts der überwältigenden Mehrheiten für das Generationenprojekt in Parlamenten und Gesellschaft auf einen harmonischen Start in das Solarzeitalter gehofft hatte, sah sich schnell getäuscht. Die Widerstände gegen die große Transformation blieben auch im Jahr 2012 immens. Wichtige Kräfte der Gesellschaft setzten und setzen mal offen, mal verdeckt auf das Scheitern der Energiewende oder doch zumindest auf Fortschritte nur im Zeitlupentempo.

In der Bundesregierung und der schwarz-gelben Koalition leisten vor allem jene hinhaltend Widerstand, die bis vor zwei Jahren zu den entschiedensten Verfechtern der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke zählten. Sie führten 2012 die deutsche Solarindustrie an den Abgrund – und manche Unternehmen darüber hinaus. Unter Hinweis auf Verzögerungen beim Aus- und Umbau der Stromübertragungsnetze wollen sie auch die Zubaudynamik der derzeit kostengünstigsten Erneuerbaren Energie, der Windkraft an Land, brechen. Sie blockieren national wie international Fortschritte bei der dritten Säule der Energiewende, nämlich der Energieeffizienz (siehe S. 10). Sie versuchen für ihre Zwecke die Preissteigerungen beim Strom zu nutzen, für die die Energiewende nur zum Teil verantwortlich ist. Und deren Ausmaß die Bundesregierung durch opu-



© M. Großmann/pixelio.de



lente Privilegien für Teile der Industrie selbst zu verantworten hat.

Die Deutsche Umwelthilfe hat sich in alle diese Auseinandersetzungen eingemischt und Gegenvorschläge erarbeitet.

### **DUH kämpft gegen „Energiewende rückwärts“**

Die im Sommer 2011 verabschiedete Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG 2012) war zu Jahresbeginn 2012 gerade erst in Kraft getreten, als die Bundesregierung eine erneute Revision ins Auge fasste. Die Bundesminister Philipp Rösler (Wirtschaft, FDP) und Norbert Röttgen (Umwelt, CDU) reagierten auf die Vorzieheffekte beim Zubau von Photovoltaik-Anlagen zum Jahresende 2011, indem sie zusätzliche Vergütungskürzungen und eine strikte Deckelung des künftig noch zulässigen Photovoltaik-Zubaus ankündigten. Ihre Pläne für weitere Einschränkungen hätten auch die anderen erneuerbaren Technologien getroffen. Schon die Ankündigungen sorgten dafür, dass große Teile der Solarindustrie, die ohnehin unter extremem Konkurrenzdruck aus Asien steht, in existenzielle Nöte gerieten. Auch frühere Vorzeigeunternehmen gingen in Konkurs oder wurden von ausländischen Firmen übernommen. Der Weltmarktführer für Dünnschichtsolarmodule, der US-Konzern First Solar, kündigte an, Ende 2012 die Fertigungsstätten in Frankfurt/Oder zu schließen und 1200

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen. Erst im Herbst 2011 hatte First Solar dort die Produktionskapazitäten verdoppelt.

Die DUH veröffentlichte Stellungnahmen und Hintergrundpapiere, führte innerhalb und außerhalb des DUH-Netzwerk Energiewende zahlreiche Gespräche mit Unternehmensvertretern und Politikern und beteiligte sich an einer Demonstration gegen die von der Bundesregierung mit ausgelöste „Energiewende rückwärts“. Am Ende lehnte der Bundesrat das im Bundestag bereits verabschiedete Gesetz mit Zwei-Drittel-Mehrheit ab. Im Sommer 2012 einigten sich Bund und Länder im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, der den weiteren Zubau von Photovoltaik-Anlagen unter dem EEG bis zu einer Gesamtleistung von 52.000 Megawatt erlaubt. Wenn dieser „Deckel“ erreicht ist, wird der Zubau voraussichtlich ohne Förderung weitergehen, weil Solarstrom dann für viele private Anlagenbetreiber rentabel erzeugt werden kann.

### **Neue Netze für neue Energie**

In den Auseinandersetzungen um den Um- und Ausbau der großen Stromtrassen im Zuge der Energiewende spielt die DUH eine zentrale Rolle – vor allem als kompetenter Moderator und Vermittler zwischen den Kontrahenten. Dafür haben wir 2008 das „Forum Netzintegration Erneuerbare Energien“ gegründet, Ende 2010 den mit

unseren Partnern aus Bürgerinitiativen, Verbänden, Unternehmen und Netzbetreibern abgestimmten „Plan N – Handlungsempfehlungen an die Politik“ der Bundesregierung übergeben und in diesem Jahr 2012 Bilanz gezogen zum Stand der Umsetzung.

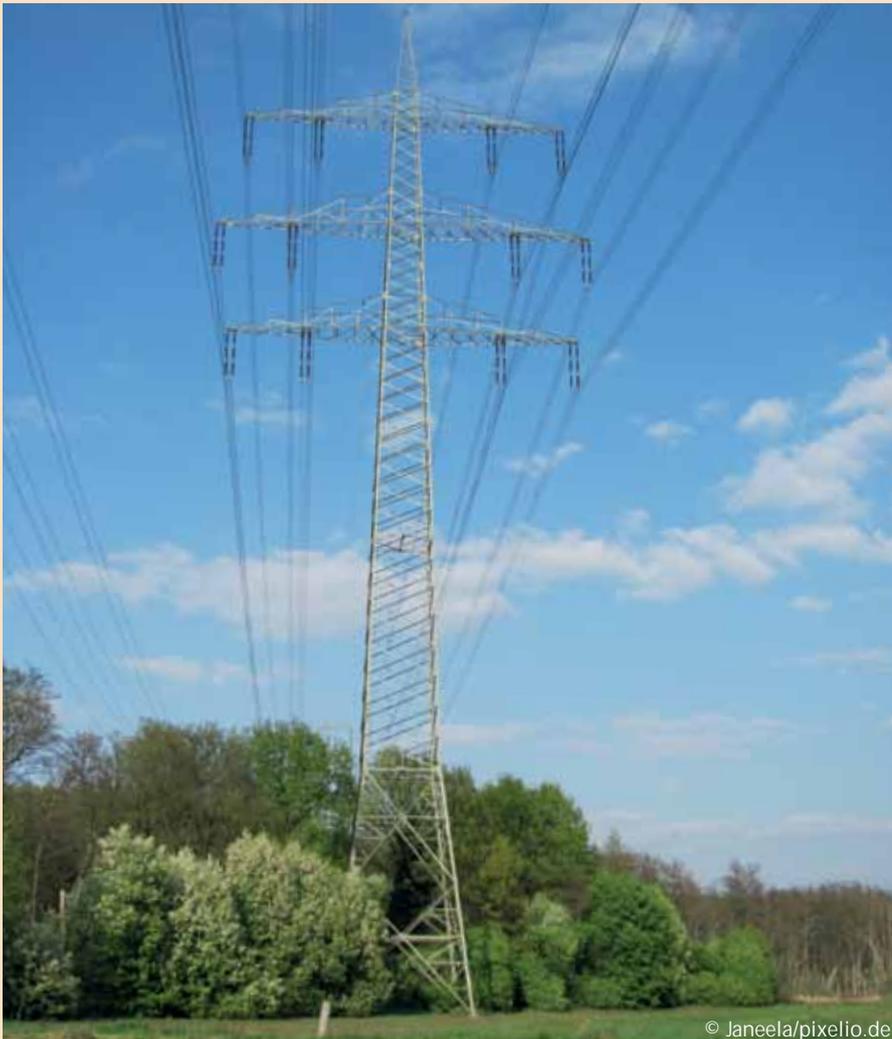
Die Diskussion strittiger Themen im Forum setzen wir mit dem Ziel fort, 2013 weitere Lösungsvorschläge zu veröffentlichen („Plan N 2.0“). Dabei wird es unter anderem um einen verbesserten Wohnumfeldschutz, um konkrete Maßnahmen zum Vogelschutz an Freileitungen und den künftigen Umgang mit elektromagnetischen Feldern gehen.

Einen immer wichtigeren Schwerpunkt der Arbeit der DUH bilden die Informations- und Diskussionsveranstaltungen an den Brennpunkten der Auseinandersetzungen um neue Stromtrassen. Wir veranstalten sie regelmäßig in Kooperation mit den jeweiligen Landesregierungen, Gebietskörperschaften oder auch der örtlichen IHK. Die überwältigende Resonanz bestärkt uns in unserer Überzeugung, dass nur eine frühe, umfassende und ehrliche Bürgerbeteiligung die Chancen für eine größere Akzeptanz der neuen Stromtrassen eröffnet.

Dazu dienen auch die umfassenden Stellungnahmen der DUH zu den Entwürfen der Szenariorahmen 2012 und 2013, des Netzentwicklungsplans Strom 2012 und zum Umweltbericht zum Bundesbedarfsplan 2012. In die-

### Wohin mit der Energie? DUH gründet Netzwerk Energiespeicher

■ Wer in 20 oder 30 Jahren die Stromversorgung vollständig aus erneuerbaren Energien sicherstellen will, muss sich vor allem für Zeiten rüsten, zu denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Zu dieser Zukunftsvorsorge gehören ab einem bestimmten Anteil Ökostrom im Netz unweigerlich Energiespeicher. Sie dienen als eine Art Zwischenlager. Der bei viel Sonnenschein oder starkem Wind im Überschuss produzierte Strom wird darin bereitgehalten für Zeiten der Flaute, für Regenwetter und natürlich für die Nacht. Weil es heute Energiespeicher für alle Fälle noch nicht gibt, hat die DUH im Herbst 2012 ihr „Speichernetzwerk für Versorgungssicherheit“ ins Leben gerufen. Zentrales Ziel des Fachleute-Forums ist es, frühzeitig nach Speicheroptionen zu suchen, die den kurzfristigen Ausgleich von Stromerzeugung und -nachfrage ebenso bewältigen, wie seine „Aufbewahrung“ über mehrere Wochen.



© Janeela/pixelio.de

sen Planungsunterlagen der vier Übertragungsnetzbetreiber bzw. der Bundesnetzagentur wird der 2013 im Bundestag zu verabschiedende Bundesbedarfsplan für die Stromnetze und damit die künftige Energie-Infrastruktur vorgezeichnet. Die Maxime für unsere Stellungnahmen lautet: „So viel Netz wie nötig, statt so viel Netz wie möglich“.

Wir fordern daher vor allem, nur solche Trassen in den Bundesbedarfsplan aufzunehmen, deren Notwendigkeit heute unstrittig und sicher absehbar ist. An den vorgelegten Plänen kritisieren wir insbesondere, dass technische Alternativen nicht ausreichend geprüft wurden. Dabei geht es zum Beispiel darum, absolute Einspeisespitzen der Erneuerbaren Energien zu kappen, die nur wenige Stunden im Jahr auftreten oder um konventionelle Kraftwerke, die über einen größeren Leistungsbe- reich flexibel gesteuert werden können. Beide Maßnahmen sind geeignet, mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen schneller zu integrieren oder den notwendigen Netzausbaubedarf zu verringern.

Die Expertise der DUH in der Energiewende ist gefragt. Wir sind daher weiterhin aktiver Teil der Beratungs-Platt- formen zur Energiewende im Bundes- wirtschafts- und im Bundesumweltmi- nisterium. Unsere Arbeit im Forum Netzintegration Erneuerbare Energien auf Veranstaltungen und Kongressen stellen wir auf [www.forum-netzintegration.de](http://www.forum-netzintegration.de) dar und bieten damit umfas- sende und aktuelle Informationen rund um das Thema Stromnetze.

### Der Preis der Energie

Die Diskussion um die Kosten der Energiewende nutzen die Gegner des Umbaus der Energieversorgung, um die Energiewende als voreilige und un- bedachte Entscheidung zu denunzie- ren. Im Sommer 2012 schien die Rech- nung zeitweise aufzugehen. Doch ge- meinsam mit anderen gelang es der DUH, die Lüge von der Unbezahlbar- keit durch ständige Aufklärungsarbeit zu entlarven.



© Thorben Wengert/pixelio.de



Die Preissteigerungen beim Strom haben ihre Ursache nur zu kleinen Teilen im Umbau des Energiesystems. Wichtig sind die immensen Extragewinne der Stromkonzerne, die diese unter an-

derem mit der „Einpreisung“ kostenlos bereitgestellter CO<sub>2</sub>-Zertifikate realisieren oder indem sie gestiegene Einkaufspreise für Strom unmittelbar an ihre Kunden weitergeben, gesunkene Preise

jedoch nicht. Vor allem aber schlagen die Privilegien zu Buche, die die Bundesregierung immer mehr Industriebetrieben gewährt. Sie befreit Unternehmen von der EEG-Umlage und von den Netzentgelten, billigt ihnen das Eigenstromprivileg zu und lockert die Haftungsregelungen bei den Offshore-Windparks. Von den Kosten befreit werden längst nicht mehr nur die Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sondern auch Verkehrsbetriebe, Brauereien oder Hühnermastanlagen.

### **Ablenkungsmanöver aufdecken, Netzwerke schaffen**

Die DUH hat unermüdlich den Mechanismus im Detail erklärt. Jede Entlastung der Industrie bedeutet automatisch eine Belastung der privaten Haushalte und von Teilen des Mittelstands. Die DUH hat auch darauf hingewiesen, dass eine Kompensation für die wirklich Bedürftigen, die den Strompreisanstieg tatsächlich spüren, den Staat kaum mehr kosten würde als ein oder zwei Zehntel der zusätzlichen Umsatzsteuer-Einnahmen aus der EEG-Umlage. Diejenigen, die in der Politik seit der Strompreisdebatte ihr Herz für die Armen entdeckt haben, könnten das Problem mit einem Federstrich lösen.

Die Preisdebatte lenkt leider ab von den wirklichen Herausforderungen der Energiewende, wie zum Beispiel von der Schaffung neuer Marktbedingun-



## Wir danken Rainer Baake

■ Mit einem weinenden und einem lachenden Auge haben Vorstand und Mitarbeiter der DUH Rainer Baake Ende März 2012 verabschiedet. Fast sechs Jahre war Rainer Baake der für Energie und Klimaschutz zuständige Geschäftsführer. Mit seiner Erfahrung als beamteter Staatssekretär im hessischen Umweltministerium und dann über sieben rot-grüne Jahre im Bundesumweltministerium hat er diesen DUH-Bereich zu einem gewichtigen Faktor in der Energiedebatte gemacht. Sein Weggang bedeutet deshalb für die DUH einen herben Verlust. Im Think Tank „Agora Energiewende“ der Stiftung Mercator arbeitet Rainer Baake seitdem weiter an herausragender Stelle am Konzept für die große Transformation. Wenn diese Arbeit einfließt in die Realität der Energiewende, ist das gut für das Klima, gut für die Umwelt und gut für die weitere Arbeit der DUH. Darüber freuen wir uns und danken Rainer Baake sehr herzlich für die geleistete Arbeit.



© s.media/pixelio.de

## Gebäudeenergie effizienter nutzen – Das DUH-Netzwerk Wärme

■ Mit mehr Energieeffizienz ist es wie mit mehr Geld für Bildung: irgendwie sind alle dafür und dennoch passiert fast nichts. Selbst ein Politikversagen wie die seit Sommer 2011 andauernde Selbstblockade von Bund und Ländern bei der angekündigten steuerlichen Förderung der energetischen Sanierung von Wohngebäuden findet kaum Widerhall in der Öffentlichkeit.

Dabei schlucken Gebäude in Deutschland rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und sind verantwortlich für ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Klimaziele bleiben außer Reichweite, wenn es nicht gelingt, diesen Posten der nationalen Klimarechnung massiv zu senken. Dabei scheint alles so leicht. In unzähligen Fällen sind Wärmedämmung, der Einsatz Erneuerbarer Energien oder der Austausch „historischer“ Heizanlagen eine lohnende Investition in die Zukunft.

Die DUH hat die Konsequenzen gezogen und das neue Netzwerk Wärme gegründet. Politiker und Verbändevertreter, Wissenschaftler und Unternehmen treffen sich fortan regelmäßig zu strategischen Beratungen zum Thema Energieeffizienz. Ihr Auftrag: Politisch Druck aufbauen für mehr Energieeffizienz.

gen für die erneuerbare Energiewelt. Die DUH kämpft daher noch immer in der Anti-Kohlekampagne gegen den Bau weiterer Kohlekraftwerke, die jahrzehntelang Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> emittieren würden. Außerdem sind Kohlekraftwerke zu unflexibel, um im neuen Energiesystem mit unsteter Einspeisung von Strom aus Sonne und Wind mitzuspielen.

Unser Engagement und unsere juristische Feinarbeit zeigen Wirkung. Im Sommer hat das Stadtwerkekonsortium SWS ein weiteres großes Kraftwerkprojekt in Brunsbüttel aufgegeben, gegen das die DUH und andere Umweltverbände konsequent geklagt haben. Im November stoppte auch E.ON sein Steinkohleprojekt Staudinger Block 6 im hessischen Großkrotzenburg. Auch gegen dieses Projekt war die DUH vor Gericht gezogen. Die meisten der in Deutschland verbliebenen Kohlekraftwerks-Projekte stehen auch aus ökonomischen Gründen auf der Kippe. Nicht nur deshalb wollen wir unser Engagement gegen Kohlekraftwerke europäisieren und bauen ein europaweites Juristen-Netzwerk gegen Kohlekraftwerks-Planungen auf.

Nach den Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen haben wir uns erneut für ein Landes-Klimaschutzgesetz stark gemacht, denn allein Nordrhein-Westfalen ist für ein Drittel der bundesdeutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Auch die neu gewählte Landesregierung von Schleswig-Holstein will nun ebenfalls ein Landesgesetz zum Klimaschutz realisieren, das die DUH empfohlen hatte.

Für das Wahljahr 2013 warten neue Herausforderungen. Die DUH wird sich insbesondere dafür einsetzen, Brüche beim weiteren Zubau der erneuerbaren Energien zu verhindern. Und wir gehen mit einer guten Nachricht in das Jahr 2013: Die erneuerbaren Energien haben 2012 erstmals rund ein Viertel zum nationalen Stromverbrauch beigetragen.

## „Der Rückhalt für die Energiewende ist ungebrochen“



DUH-Bundesgeschäftsführer Michael Spielmann über Rücken- und Gegenwind für die Energiewende, ihre Chancen und Kosten und die Notwendigkeit, bei der großen Transformation die Natur zu schonen

■ **Herr Spielmann, die Entschlossenheit, mit der sich Deutschland nach dem Fukushima-Schock in die Umsetzung der Energiewende gestürzt hat, scheint verfliegen. 2012 dominieren die Skeptiker die Schlagzeilen.**

*Das mag beim Blick in die Medien so aussehen. Gleichzeitig kommt jetzt schon ein Viertel des Stroms aus Wind, Sonne und Co. Millionen Kleinanleger investieren in saubere Energie. Sie alle sind Teil der großen Transformation und fühlen sich auch so. Der Rückhalt für die Energiewende ist ungebrochen.*

**Warum spiegelt sich das in der Berichterstattung nicht wieder?**

*Weil die Gesetzmäßigkeiten der Mediengesellschaft sind wie sie sind, weil Gegner der Energiewende hart an ihrer Diskreditierung arbeiten und weil es neben den Erfolgen natürlich auch Probleme gibt.*

**Zum Beispiel?**

*Die Bundesregierung hat die Privilegien für Teile der Industrie derart ausgeweitet, dass die Strompreise für die privaten Haushalte und den Mittelstand stärker steigen, als sie es wegen des Aufbaus der Wind- und Solaran-*

*lagen müssten. Die Kosten der Energiewende müssen fair verteilt werden.*

**Was schlagen Sie vor?**

*Für die meisten von uns bleibt der Übergang in ein klimaschonendes Energiesystem bezahlbar. Bei denen, die Strompreiserhöhungen hart spüren, muss der Staat für Ausgleich sorgen. Und wir müssen immer wieder auf die Möglichkeiten zur Einsparung von Strom hinweisen.*

**Der Systemwechsel erweist sich als komplexer als viele angenommen haben.**

*Ja, das ist so. Weil Wind und Sonne als die zentralen Träger unserer Energiewende nicht steuerbar sind, müssen wir sie mit dem Stromverbrauch synchronisieren. Dazu müssen wir etwa das Erneuerbare Energien Gesetz behutsam den neuen Erfordernissen anpassen. Das Gesetz hat deshalb gut funktioniert, weil es denen, die in die neuen Technologien investieren, Sicherheit gibt. Das müssen wir erhalten. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass in konventionelle Übergangskraftwerke investiert wird, die dann klimaschonend Strom liefern, wenn die Sonne nicht scheint und der*

*Wind nicht weht. Dazu brauchen wir einen zusätzlichen Markt, der nicht mehr nur für Kilowattstunden bezahlt, sondern auch für die Bereitstellung von Kraftwerken, die nur einspringen, wenn sie gebraucht werden.*

**Der Widerstand gegen große Stromtrassen ging auch 2012 weiter.**

*Ja, und vielfach nachvollziehbar. Aber die meisten Betroffenen arbeiten dann konstruktiv mit, wenn sie sich beteiligen können, bevor alles entschieden ist. Wir sind überzeugt, dass wir den Um- und Ausbau des Stromnetzes für die Energiewende brauchen.*

**Die DUH widmet sich seit jeher dem Schutz der Natur. Ist sie durch die Energiewende zusätzlich gefährdet?**

*Nicht insgesamt, aber punktuell. Windräder, Stromtrassen oder Pumpspeicherkraftwerke und insbesondere der Anbau und die Nutzung von Biomasse bedeuten immer einen erheblichen Eingriff in die Natur, in eine gewohnte Kulturlandschaft oder auch in die Tierwelt, wie etwa bei der Errichtung von Windparks im Meer. Jeder Einzelfall muss abgewogen und dann entschieden werden.*

# Mehr Klimaschutz in der Mobilität

Die DUH streitet vehement für sparsame und abgasarme Fahrzeuge. Anspruchsvolle Standards setzt die DUH mit ihrer Initiative für das Umweltzeichen „Blauer Engel für Austauschkatalysatoren“, politisch kämpft der Verband in der neuen Runde der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte gegen die Autolobby. Dank der Kampagne „Rußfrei fürs Klima“ wird die Luft in den Ballungsräumen sauberer



© Th. Reinhardt/pixelio.de

■ Eine klima- und umweltfreundliche Verkehrspolitik ist eines der zentralen Themen der Deutschen Umwelthilfe.

Die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor ist entscheidend für den Klimaschutz. Noch steigen in Europa die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor weiter, womit der Bereich der einzige ist, dessen CO<sub>2</sub>-Ausstoß zunimmt. Als Umwelt- und Verbraucherschutzverband setzt sich die DUH daher politisch, juristisch und mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie dem Dienstwagen-Check von Führungskräften, Be-

hörden und Unternehmen für eine sparsamere Pkw-Flotte ein.

Die Treibhausgase und feinsten Rußpartikel aus den Verbrennungsmotoren tragen maßgeblich zum Klimawandel bei, schädigen Natur und Umwelt und gefährden die menschliche Gesundheit. Leider knicken sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission immer wieder vor den Forderungen der Autokonzerne ein. So unterstützt die Bundesregierung die deutsche Autoindustrie bei ihrer Forderung nach weniger ehrgeizigen CO<sub>2</sub>-Standards und

setzt dies immer wieder auch gegenüber der EU-Kommission durch. Das zeigte sich besonders deutlich bei den Verhandlungen in der EU über die neuen Grenzwerte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von leichten Nutzfahrzeugen.

Um dauerhaft den Kraftstoffverbrauch und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Straßenverkehr zu senken, ist eine ehrgeizige Weiterentwicklung von Grenzwerten für den Flottenverbrauch unabdingbar. Die EU-Kommission hat einen Grenzwert von 95 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer vorgeschlagen. Das ist nicht

ehrgeizig genug, sagt die DUH und mit ihr alle relevanten deutschen Umwelt- und ökologischen Verkehrsverbände. Daher setzen wir uns für einen Wert von 80g/km ein, der technisch machbar und vor allem bezahlbar ist: die erwarteten Mehrkosten rechnen sich bereits nach etwa zwei Jahren, je nach Fahrleistung.

Die Autokonzerne versuchen auch den Kommissionsvorschlag zu unterlaufen. Die Autoindustrie will Elektroautos mehrfach als „Null-Emissions-Fahrzeuge“ auf den Flottenverbrauch des jeweiligen Konzerns anrechnen. Die DUH lehnt diesen Ansatz ab, denn er schwächt die Vorgaben für konventionelle Fahrzeuge.

Für die Verbände ist entscheidend, dass die CO<sub>2</sub>-Zielmarke auf 60 g/Km ab 2025 weiterentwickelt wird, um den Klimaschutz im Verkehrssektor auch perspektivisch zu gestalten.

### Effiziente Reifen für mehr Umweltschutz

Die abgasarme und klimaverträgliche Technik in Neuwagen ist unabdingbar. Doch auch andere Komponenten haben großen Einfluss auf den Kraftstoffverbrauch, insbesondere die Reifen. Autofahrer können bis zu sieben Prozent Kraftstoff mit effizienten Reifen einsparen. Die DUH begrüßt daher, dass seit November 2012 ein neues Label den Verbraucher über die Energieeffizienz, die Nasshaftung und das Rollgeräusch von Reifen informiert. Die DUH-Experten aus dem Bereich „Ökologischer Verbraucherschutz“ werden sich mit der Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung des Reifenlabels beschäftigen (siehe S. 26).

### Kein Motor ohne Filter – bessere Luft mit Partikelfiltern

Der feine Rußstaub vor allem aus den Dieselmotoren ist in der Arktis klimarelevant. Wie ein schwarzer Schleier legt sich der Ruß auf das Eis und beschleunigt das Schmelzen der Gletscher, da die Sonnenabstrahlung behindert wird.



© Rainer Sturm/pixelio.de



© Rainer Sturm/pixelio.de

Der Feinstaub aus den Verbrennungsmotoren ist jedoch auch extrem gesundheitsschädlich. Die feinen und feinsten Partikel gehen durch die Lunge in die Blutbahn und gelangen in die Organe bis ins Gehirn. Im Frühjahr 2012 hat die Weltgesundheitsorganisation daher Dieselruß in die Gefährdungskategorie krebserregend hochgestuft – damit ist Dieselruß in derselben Klasse wie Asbest.

In der Kampagne „Rußfrei fürs Klima“ setzen wir uns seit 2009 mit anderen Umweltschutzverbänden für eine Verminderung der Rußpartikel ein. Mittlerweile haben sich 13 Verbände in acht europäischen Ländern der Kampagne angeschlossen, die die DUH koordiniert. Gleichzeitig ist es uns gelungen, mit anderen Verbänden im Rahmen des EU-Förderprogrammes LIFE unsere Aktivitäten in Europa auszubauen. In dem Projekt Clean Air werden wir die Bildung eines EU-weiten Netzwerks vorantreiben, das mit rechtlichen Mitteln für die Verbesserung der Luftqualität sorgt. Unsere positiven Erfahrungen in zahlreichen Klageverfahren in Deutschland stellen wir unseren europäischen Partnern zur Verfügung und unterstützen sie darin, eine Strategie für Klimaschutz und Luftreinhaltung im Verkehrssektor zu entwickeln.

Die Umweltzonen in Deutschland haben sich als äußerst wirksam erwiesen, die Feinstaubbelastung in den Innenstädten zu senken. Umweltzonen sind daher ein wichtiger Schritt für mehr

Luftqualität, doch sie allein reichen nicht aus, um flächendeckend den Einsatz von wirksamen Partikelfiltern durchzusetzen.

Auf Baustellen innerhalb der Umweltzonen werden bislang Baumaschinen ungefiltert betrieben. Die mit Dieselmotoren ausgestatteten Baufahrzeuge und -maschinen pusten ungefiltert enorme Mengen Dieselruß in die Luft. Die DUH setzt sich daher bei den Bauherren insbesondere von Großbaustellen für die obligatorische Auflage zur Verwendung von Rußpartikelfiltern ein. Nachdem wir 2011 über insgesamt drei Gerichtsbeschlüsse die Deutsche Bahn bei der Baustelle für Stuttgart 21 zwingen konnten, erstmals ihre Maschinen und Fahrzeuge vollständig zu filtern, tritt nun die Deutsche Bahn AG als Vorreiter auf: Auf allen Baustellen in Innenstädten schreibt die Bahn AG ab 2013 Baumaschinen mit Filter und Baufahrzeuge mit grüner Plakette vor. Bis 2018 wird die Bahn AG diese Anforderungen auf alle Baustellen ausweiten. Die DUH hat nun Länder und Kommunen aufgefordert, dem Beispiel der Deutschen Bahn zu folgen und ebenfalls für alle öffentlichen Baumaßnahmen die Filterpflicht vorzuschreiben.

Doch nicht nur Dieselmotoren stoßen umweltrelevante ultrafeine Partikel aus. Moderne Benzinmotoren mit Einspritztechnik verunreinigen die Luft ebenfalls mit feinsten Rußpartikeln und verursachen dieselben Gefahren



© Janusz Klosowski/pixelio.de



## Das EU-Life+ Projekt für natürliche Kältemittel in Autoklimaanlagen

Die weltweiten Treibhausgasemissionen von Kältemitteln in Fahrzeugklimaanlagen sind bald höher, als die des gesamten deutschen Straßenverkehrs. Die DUH macht sich daher mit dem Verkehrsclub Deutschland in der von der EU geförderten Kampagne „Pro Klima“ für Autoklimaanlagen mit natürlichen Kältemitteln stark.

Das bislang verwendete und extrem klimaschädliche Kältemittel R134a ist in der EU zwar seit Januar 2011 in neuen Fahrzeugtypen verboten. Doch das neue chemische Kältemittel R1234yf, das die Autoindustrie serienmäßig nach eigenen Angaben bislang einsetzen wollte, entwickelt im Brandfall die stark ätzende und lebensbedrohliche Fluorwasserstoffsäure.

Die DUH hat auf diese potentiell tödliche Gefahr des neuen Kältemittels bereits 2008 hingewiesen. Über vier Jahre hinweg haben die deutschen Autokonzerne diese Erkenntnisse ignoriert und einmal mehr ihr seit 1998 gegebenes Versprechen nicht eingehalten, zukünftig das natürliche Kältemittel CO<sub>2</sub> zu verwenden.

Vier Jahre nach Veröffentlichung unserer Ergebnisse kommt nun auch die Daimler AG zu dem Schluss, die Chemikalie R1234yf aufgrund von Sicherheitsrisiken nicht einsetzen zu wollen. Der Volkswagen-Konzern hat ebenfalls angekündigt, R1234yf nicht zu benutzen. Doch ein klimafreundliches Umdenken hat bei den Autokonzerne leider nicht eingesetzt. Denn anstatt jetzt das natürliche Kältemittel CO<sub>2</sub> serienmäßig für neue Modelle zu planen, will die Autoindustrie nun rechtswidrig den seit 2011 für Neufahrzeuge verbotenen Klimakiller R134a einsetzen.

Eines ist also gewiss: Die DUH wird weiter für den Einsatz von natürlichen Kältemitteln in Autoklimaanlagen kämpfen.

für Umwelt und Gesundheit. Mit Partikelfiltern lässt sich auch bei Benzinern der Partikelaustritt weit unter die Grenzwerte senken, wie die DUH in eigenen vom TÜV durchgeführten Messreihen zeigt.

### DUH initiiert den Blauen Engel für Austauschkatalysatoren

Neben Feinstaub belasten auch andere Abgase aus den Verbrennungsmotoren Umwelt und Gesundheit. Fahrzeuge haben daher Katalysatoren, die schädliche Abgase chemisch in unschädliche verwandeln: aus Kohlenwasserstoff, Kohlenstoffmonoxid und Stickoxiden wird Kohlenstoffdioxid, Wasser und Stickstoff. Damit dieser Prozess wirksam und dauerhaft geschieht, müssen die Kats mit Edelmetallen wie Platin beschichtet sein. Wirksame Katalysatoren sind daher entsprechend teuer. Katalysatoren müssen regelmäßig ausgetauscht werden. In Deutschland werden jedes Jahr rund 400.000 Kats zur Nachrüstung verkauft und eingebaut.

Auffällig ist, dass immer mehr Austauschkatalysatoren zu extrem niedrigen Preisen angeboten werden. Für ein Zehntel der Kosten des Originalersatzteils werden zwischenzeitlich Systeme angeboten. Von der DUH durchgeführte Tests zeigen, dass diese Systeme nicht dauerhaft sind. Tatsache ist, dass Autos mit einem Austauschkatalysator die Abgasgrenzwerte in vielen Fällen erheblich überschreiten. Die

DUH hat daher die Einführung des „Blaunen Engels“ für Austauschkatalysatoren initiiert. Das Umweltzeichen soll Verbrauchern ermöglichen, einen dauerhaft wirksamen Austauschkatalysator für ihr Fahrzeug zu bekommen, damit sie bei der Abgasuntersuchung kein böses Wunder erleben.

Gemeinsam mit dem TÜV Nord haben wir ein Prüfverfahren entwickelt, dessen Standards eine dauerhafte Leistung von Austauschkatalysatoren gewährleisten sollen. Auf dieser Grundlage bereitet das federführende Umweltbundesamt die Einführung des Blaunen Engels für Austauschkatalysatoren vor. Wir rechnen damit, dass ab 2013 Austauschkats mit dem «Blaunen Engel» auf dem Markt sind. Den Handel und Werkstätten versuchen wir dafür zu gewinnen, dass die Unternehmen nur noch Katalysatoren mit Blauem Engel verkaufen und einbauen.

Mit dem Umweltzeichen hat die DUH einen weiteren Baustein für die Verbesserung der Luftqualität geschaffen. Denn gesetzlich festgelegte Standards reichen allein nicht aus, um die verkehrsbedingten Abgase tatsächlich zu mindern. Wir stellen seit Jahren fest, dass Fahrzeuge auf der Straße mehr Emissionen ausstoßen, als „auf dem Papier“ angegeben ist. Die DUH setzt sich daher für schärfere Zulassungsregeln, stichprobenartige Qualitätskontrollen in der Serienfertigung und eine grundlegende Reform der Abgasuntersuchung ein.

## „Das Problem sind die Trickereien der Autoindustrie“



■ Herr Resch, Daimler und Volkswagen haben sich überraschend gegen das chemische Kältemittel 1234yf ausgesprochen. Ist das nicht ein schöner Erfolg für die DUH?

Wir haben auf die Gefahren der Brennbarkeit und der dabei entstehenden hochgiftigen Fluorwasserstoffsäure bereits vor vier Jahren hingewiesen. Für den Autofahrer ist es ein gutes Ergebnis, wenn 1234yf nicht kommt. Die Chemikalie ist brandgefährlich und eine echte Gefahr für Autofahrer und Rettungskräfte bei einem Unfall mit brennendem Auto. Aber der Rückzug der beiden Konzerne bringt dem Klima- und Umweltschutz erst Mal gar nichts.

Haben die Konzerne damit nicht eine Tür für eine bessere Alternative geöffnet?

Schön wär's, allerdings wollen Daimler und Volkswagen bis auf weiteres zum klimaschädlichen alten Kältemittel R134a zurückkehren, das seit 2011 für neue Pkw Modelle europaweit verboten ist. Seit 1998 kündigen die deutschen Autobauer die baldige Verwendung des natürlichen Kälte-

DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über falsche Verbrauchsangaben der Autohersteller, den Erfolg der Umweltzonen und die Chancen für das natürliche Kältemittel in Autoklimaanlagen

*mittels CO<sub>2</sub> an – auch 14 Jahre später gibt es keine verbindliche Zusage, wann endlich die klimaverträglichen Kältemittel zum Einsatz kommen.*

**Weltbank und der UN-Klimarat bescheinigen den Staaten einhellig, zu wenig gegen den Klimawandel zu unternehmen. Auch Deutschland hat sich verpflichtet, das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten. Warum setzt die Regierung nicht durch, dass das Verbot des Klimakiller-Kältemittels umgesetzt wird?**

*Die Bundesregierung unternimmt nichts gegen die Autobauer. Mehr erhoffen wir uns von der zuständigen EU-Kommission, diese prüft nun nach unserer Aufforderung die Verhängung einer Strafzahlung in Höhe von 665 Euro für jedes Neufahrzeug, das mit dem klimaschädlichen Kältemittel befüllt ist. Eine hohe Strafzahlung würde sicherstellen, dass binnen weniger Monate neue Modelle mit natürlichen Kältemitteln ausgeliefert würden.*

**Ein anderes Thema: Die Wirksamkeit von Umweltzonen für die Luftreinhaltung wird immer wieder bestritten, der ADAC unterstützt Klagen zu deren Abschaffung ...**

*... und unterliegt bisher in jedem Fall. Seit 2005 kämpft die DUH für saubere Luft in unseren Ballungsräumen. Alle gerichtlichen Verfahren haben wir gewonnen, in Wiesbaden haben wir eine Umweltzone gegen den erbitterten Widerstand des Landes durchgesetzt, in München sowohl die Stadt als auch den*

*Freistaat gerichtlich dazu verurteilen lassen, die bisherigen Umweltzonenregeln deutlich zu verschärfen.*

**Die Feinstaubwerte sind tatsächlich deutlich gesunken, die Stickoxidwerte haben sich doch aber kaum geändert?**

*Eine der großen Herausforderungen wird es sein, das zweite Verbrennungsgift NO<sub>x</sub> und hier insbesondere NO<sub>2</sub>, das vor allem in Dieselmotoren entsteht, deutlich zu vermindern. Ein Problem dabei sind die Trickereien der Automobilhersteller, die Busse mit angeblich modernster Abgasreinigungstechnik verkaufen, die aber nur auf der Prüfrolle, nicht aber im realen Fahrbetrieb mit niedrigen Abgastemperaturen funktionieren.*

**Die DUH setzt sich seit Jahren für schärfere Zulassungsregeln, stichprobenartige Qualitätskontrollen und eine grundlegende Reform der Abgasuntersuchung ein.**

*Und wir sind zuversichtlich, dies in den kommenden Jahren auch durchsetzen zu können. Autokäufer sind angesichts steigender Spritpreise immer weniger bereit zu akzeptieren, dass ihr Neuwagen, der angeblich sparsamer als das bisherige Fahrzeug sein sollte, in Wirklichkeit ein bis zwei Liter mehr Sprit verbraucht. Und Städte rebellieren gegen Euro V Busse, die in Wirklichkeit Stickoxidemissionen wie ein 20 Jahre alter Euro II Bus haben.*

# Mehr Schutz für die Meere

Der Artenschutz im Meer verlangt von den DUH-Naturschützern sehr viel juristisches und technisches Wissen. Sie setzen sich für den naturverträglichen Ausbau der Offshore-Windenergie ein, damit Schweinswale, Robben und andere Meerestiere überleben. Das ist auch Ziel der Fischerei-Initiativen der DUH, die mit Fischern über naturverträgliche Fangtechniken diskutiert und bei Bundesregierung und EU-Institutionen auf eine ökologisch nachhaltige Fischereipolitik drängt



*Fische sind Freunde: 1. Platz im Malwettbewerb „Stoppt die Überfischung – sonst droht der Abschied vom Fischfang“ während der European Fish Week*

Die Deutsche Umwelthilfe steht wie vermutlich alle Natur- und Umweltschutzverbände in der Energiewende vor einer großen Herausforderung. Einerseits befürworten wir den Ausbau der erneuerbaren Energien, um eine klimaverträgliche und ressourcenschonende Energieversorgung aufzubauen. Auf der anderen Seite setzen wir uns für einen starken Naturschutz in einem der am stärksten industrialisierten Länder ein. Der Rammschall bei der Errichtung von Offshore-Windparks ist für Schweinswale, Robben, Fische und andere Meerestiere ein lebensbedrohendes Risiko. Vor allem die geschützten und in der Ostsee vom Aussterben bedrohten Schweinswale sind von dem enormen Lärm der 2000 bis 3000 Schläge pro Fundament betroffen. Sie orientieren sich über den Schall von Klicklauten, die sie beständig abgeben. Der Unterwasserlärm hat vielfältige negative Auswirkungen auf die Meerestiere und kann von Störung und Vertreibung bis hin zu schweren Schädigungen, Verletzungen und Tod reichen.

Die DUH setzt sich daher vehement dafür ein, dass beim Bau verbindlich Techniken zum Einsatz kommen, die den Schall mindern oder – noch besser – gar nicht erst entstehen lassen. Auf einer vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) geförderten zweitägigen Tagung hat die DUH mit rund 200 Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik und Naturschutzverbänden über technische Lösungen für den Schallschutz beim Bau von Offshore-Windparks diskutiert. Da



Wale zu den besonders geschützten Arten gehören und weltweit Windparks auf dem Meer errichtet werden, waren auch Vertreter aus den Nachbarländern und aus den USA zu der Tagung nach Berlin gekommen.

Im konstruktiven Dialog haben wir über effektive Techniken zur Lärmreduktion sowie politische und genehmigungsrechtliche Rahmenbedingungen diskutiert, um mit zukunftsweisenden Entscheidungen eine naturverträgliche Energiewende umzusetzen. Dabei waren sich die Fachleute aus Industrie, Wissenschaft, Verbänden, Behörden und Politik weitgehend einig, dass der dynamische Fortschritt in der Entwicklung von Unterwasserschallschutz vor allem das Ergebnis der herausfordernden verbindlichen Lärmgrenzwerte ist, die seit 2008 für den Bau von Offshore-Anlagen gelten.

Mittelständische, aber auch große Unternehmen haben technische Lösungen gefunden, die den extremen Ramm-schall wirksam reduzieren oder sogar ganz ohne die brachiale Rammtechnik auskommen. Die DUH fordert die Bundesregierung auf, den Innovationsdruck aufrecht zu erhalten. Neue, leisere Technik wird nicht nur der Meeresfauna helfen, sondern auch dazu beitragen, dass die deutsche Windkraftindustrie ihre aktuelle Technologieführerschaft in der Welt verteidigen kann.

Zu den vielversprechenden Konzepten, die teilweise schon erfolgreich bei der Errichtung der ersten deutschen Off-

shore-Windparks eingesetzt wurden, gehört der „große Blasenschleier“, bei dem man schon fast von einem Stand der Technik sprechen kann. Bei anderen Varianten wird eine Art Schallschutzmantel um die Rammstelle gelegt. Vielversprechend für die Lösung des Lärmproblems könnten neue Fundamentkonzepte sein, bei deren Bau eben gar kein Ramm-schall entsteht. Ähnlich wie bei Tunnelbohrungen werden zum Beispiel die Gründungspfeiler in den Meeresboden gebohrt. Schwerkraftfundamente verankern die Windkraftanlagen allein mit enormem Gewicht am Meeresboden. Bucket-Fundamente sehen aus wie überdimensionierte umgedrehte Eimer, die mit Unterdruck in den Meeresboden eingeschwenkt werden. Sollten diese Art Konzepte auch ökonomisch vertretbar sein, könnten sie das Lärmproblem entscheidend mindern und den Schall weit unter den heute gültigen Grenzwerten senken. Auf jeden Fall ist es besser, den Lärm zu vermeiden als ihn zu verringern.

Die Verringerung des Baulärms ist äußerst dringend, denn derzeit wird der in Deutschland gültige Grenzwert für den Lärmschutz von 160 Dezibel (dB) in 750 m Entfernung zur Emissionsstelle noch häufig überschritten. Die DUH verlangt deshalb mit anderen Naturschutzverbänden den sofortigen verbindlichen Einsatz von Technologien, die geeignet sind, die Schallschutzgrenzwerte einzuhalten. Angesichts der in der Nordsee geplanten

großen Zahl an Offshore-Windparks ist eine zeitliche und räumliche Koordination der Bauaktivitäten auf See dringend erforderlich. Auch muss die kumulative Wirkung vieler tausend Rammschläge auf die Meerestiere untersucht und in Schutzkonzepte integriert werden, ebenso die Überlagerung mit bisher kaum berücksichtigten anderen Nutzungen und Gefährdungen, wie zum Beispiel Fischerei, Ölförderung und Schiffsverkehr.

### Kurswechsel in der Ostseefischerei – Jetzt!

Noch vor dem Unterwasserschall geht die Hauptgefährdung für Schweinswale jedoch bislang von der Fischerei aus. Jährlich ersticken hunderte Meeressäuger und tausende Seevögel in Stellnetzen, die wie eine Wand im Meer stehen. Aus Gründen des Natur- und Artenschutzes lehnt die DUH ebenso wie alle anderen Natur- und Meeresschutzorganisationen Stellnetze in Schutzgebieten ab. Diese Art Netze werden zum Teil auch noch in den seit 2007 ausgewiesenen FFH-Schutzgebieten in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (200 Seemeilen-Zone vor der deutschen Küste) verwendet. Schutzgebiete sind für den Schweinswal besonders wichtig, v. a. für die Paarung, die Aufzucht der Jungen und die Wanderung.

Die überaus kritische Situation des als stark gefährdet eingestuften Schweinswals ist aktenkundig, doch blockiert



das Bundeslandwirtschaftsministerium die dringend erforderliche Regulierung der Fischerei in den FFH-Gebieten. Eine naturverträglichere Fischerei wäre auch für die Erhaltung anderer Meerestiere sowie von Lebensräumen wie Riften und Sandbänken dringend notwendig. Die DUH setzt sich daher zusammen mit anderen Umweltschutzverbänden unermüdlich dafür ein, dass endlich konkrete Schutzmaßnahmen für die deutschen Meeresschutzgebiete in Nord- und Ostsee verabschiedet werden.

### **DUH diskutiert mit Fischern über naturverträgliche Fischerei**

Wie so oft begnügt die DUH sich nicht mit Kritik, sondern will neue Horizonte für eine naturverträgliche Fischwirtschaft zeigen. Im „Fischereialog Ostsee“ untersucht die DUH gemeinsam mit Fischern, wie schädliche Fanggeräte ersetzt werden können. In einer DUH-Studie präsentieren wir alternative Fangmethoden zum Ersatz von Stellnetzen und Grundsleppnetzen, die den Beifang von Seevögeln und Schweinswalen verringern können bzw. den Bodenkontakt und damit den Einfluss auf Bodenlebewesen und deren Lebensräume minimieren. Im Dialog mit Berufsfischern will die DUH herausfinden, wie Umweltverbände dazu beitragen können, den entscheidenden Schritt hin zu einer ökosystemgerechten Fischerei zu vollziehen. Der

Dialog soll 2013 für die Nordseefischerei fortgesetzt werden.

### **Europäische Fischereipolitik: der lange Atem für die Reform**

Die DUH koordiniert in Deutschland die Aktivitäten des Bündnisses OCEAN2012 mit europaweit mehr als 170 Naturschutzorganisationen. Wir begleiten die Reform der Europäischen Fischereipolitik und drängen die EU-Staaten und die europäischen Institutionen zu einer Reform, die Meeresschutz und Nachhaltigkeit wirklich beherzigt und dadurch den Namen Reform auch verdient. Eigentlich sollte sie 2012 verabschiedet und im Januar 2013 in Kraft treten. Am Ende des Jahres 2012 müssen wir leider feststellen, dass die Namensgebung OCEAN2012 optimistisch war. Der Entwurf der EU-Kommission für eine Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik liegt seit Juli 2011 vor, doch bis auf erste Positionierungen der Berichterstatterin aus dem EU-Parlament und des EU-Ministerrats ist sie nicht fortgeschritten.

Die nachhaltige Ausrichtung der europäischen Fischerei wird auf die lange Bank geschoben. Wir jedoch nutzen die Zeit. Die DUH wird auch 2013 mit hartnäckiger Kontakt- und Überzeugungsarbeit bei den politischen Akteuren in den Ministerien und im Europäischen Parlament für eine Verbesserung des Reformvorschlags eintreten. Übergeordnetes Ziel bleibt eine künftige

Gemeinsame Fischereipolitik, die für gesunde Fischbestände sorgt und im Rahmen der Meeresstrategierahmenrichtlinie zu einem guten Umweltzustand der EU-Gewässer beiträgt.

### **Money, money, money – nur für nachhaltige Fischerei!**

Mit den Partnern von OCEAN2012 setzt sich die DUH bei der Bundesregierung und im EU-Parlament auch für die Finanzierung der nachhaltigen Fischerei aus dem künftigen Europäischen Meeres- und Fischereifonds ein.

Die natürlichen Ressourcen und die Artenvielfalt des Meeres sind ein Allgemeingut, für das wir generationsübergreifend Verantwortung tragen. Wir streiten daher dafür, dass der Fonds, gespeist aus den Steuern der europäischen Bürger, nur im öffentlichen Interesse Geld ausgibt. Konkret fordern wir, dass die 6,5 Milliarden Euro, die dem Fischereisektor für den Zeitraum 2014 bis 2020 zur Verfügung stehen, für die Umstellung auf eine nachhaltige Fischerei eingesetzt werden. Bisher finanziert die EU die Aufrechterhaltung eines maroden Sektors, der mit seinen Fangkapazitäten und -methoden für die Überfischung und Schädigung der marinen Lebenswelt maßgeblich verantwortlich ist. Das Ziel einer nachhaltigen Fischerei erfordert, dass genügend Geld in das wissenschaftliche Monitoring der Fischbestände und in die Erforschung nachhaltiger Fanggeräte fließt und der Fischereisektor kontrolliert wird.

### **Menschen für die Meere**

Die Politik ist verantwortlich für die Fischereiwirtschaft, die viel zu hohen Fangquoten und damit für die Überfischung vieler Arten. Doch ein kleines bisschen kann jeder gegen Überfischung und für eine nachhaltige Fischerei unternehmen. Die DUH veranstaltet daher publikumswirksame Events zum Thema Fisch, um Menschen über die Zusammenhänge von Fisch, Meeren und Wirtschaft aufzuklären. Denn in den Kühltheken der Su-



permärkte ist die Überfischung nicht sichtbar. Wir erinnern die Verbraucher daher an ihre Macht an der Fischtheke und sensibilisieren sie für einen kritischen Fischkonsum.

Am Fish Dependence Day 2012 hat die DUH mit Partnern der OCEAN2012-Allianz ein Fischessen in der Markthalle Neun in Berlin Kreuzberg veranstaltet. Der Fish Dependence Day bezeichnet den Tag, von dem an bis zum Ende des Jahres jeder hierzulande konsumierte Fisch rechnerisch aus dem Ausland stammt. 2012 war das der 27. April. Der Tag symbolisiert die zunehmende Abhängigkeit Deutschlands von Fischimporten, die oft aus den Gewässern von Entwicklungsländern stammen, wo die Menschen auf Fisch als wichtige Eiweißquelle angewiesen sind.

Mit Podiumsgesprächen und einer langen Tafel haben wir auf die Überfischung der Nord- und Ostsee aufmerksam gemacht und die Bedeutung der Fischressourcen für Küstengemeinschaften, Verbraucher, Fischer und Umwelt erklärt. Prominente Unterstützung bekamen wir von Sterne-Köchen Alexandro Pape vom Fährhaus Sylt

und Thomas Kammeier vom Hugos Berlin, die frischem Fisch von der Nord- und Ostseeküste zubereiteten.

Während der European Fish Week haben wir mit OCEAN2012 die Öffentlichkeit zu einer Botschaft an die Abgeordneten im Europäischen Parlament angeregt. Unter dem Motto „Stoppt die Überfischung – sonst droht der Abschied vom Fischfang“ hat die DUH zahlreiche Veranstaltungen koordiniert und einen Kindermalwettbewerb



durchgeführt. Mit Kinderzeichnungen und Menschenfischen haben die Menschen ihr eindrückliches Votum gegen die Überfischung abgegeben. Diese Botschaft an die Entscheider über die Zukunft der Meere trägt die DUH tatkräftig und engagiert weiter.

## Handys für die Umwelt und den Naturschutz

■ 70 bis 80 Millionen alte Mobiltelefone dämmern ungenutzt in den Schubladen und sind bares Geld – für den Naturschutz. Gemeinsam mit der Deutschen Telekom sammelt die DUH ausrangierte Handys. Die Geräte werden fachgerecht recycelt oder weiterverwendet. Aus dem Erlös finanzieren wir Projekte im Netzwerk Lebendige Flüsse und im Netzwerk Lebendige Wälder, unter anderem Auenrenaturierungen an Elbe und Werra oder Waldprojekte im Pfälzer Naturpark Soonwald-Nahe. Und wir unterstützen damit mehrere hundert kleinere, lokale Umweltschutzprojekte.



© Rainer Sturm/pixelio.de

## Die Natur braucht starke Partner

■ Den Lebensraum von Tieren und Pflanzen zu erhalten kostet Geld, sehr viel Geld sogar, denn die Natur muss mit starken Finanzen gegen oft kurz-sichtige Wirtschaftsinteressen verteidigt werden. Um den weltweit nach wie vor dramatischen Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen und die Wiederherstellung von Ökosystemen einzuleiten, haben wir uns auf der UN-Konferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im indischen Hyderabad dafür eingesetzt, dass zusätzliche Ressourcen zur Finanzierung der Biodiversität mobilisiert werden.

Bislang investiert die Staatengemeinschaft zu wenig, um die Ökosysteme zu schützen, die weltweit ein Vielfaches an kostenlosen Dienstleistungen für die Menschheit erbringen. Erfreulicherweise haben die Staaten in Hyderabad beschlossen, die Finanzmittel bis 2015 zu verdoppeln und so dem Ziel näherzukommen, den Verlust der Arten und Lebensräume bis 2020 zu stoppen. Nach Auffassung der DUH und anderer Umweltorganisationen soll das zusätz-

lich benötigte Geld vor allem über Abbau und Umschichtung umweltschädlicher Subventionen finanziert werden.

### Der Erhalt der Biodiversität muss oberstes Prinzip der Politik werden

Unsere Expertise im Natur- und Artenschutz ist gefragt. Wir beraten das Umweltministerium und das BfN, wie mit marktwirtschaftlichen Instrumenten die Unternehmen zum Schutz der Biodiversität und zur nachhaltigen Nutzung der Natur bewegt werden können.

Als Mitglied der projektbegleitenden Arbeitsgruppe zum Vorhaben „Naturkapital Deutschland“ setzen wir uns dafür ein, dass die Leistungen der Ökosysteme in ihrem wahren Wert erfasst und berücksichtigt werden. Wir erinnern die Regierung beharrlich an die Umsetzung ihrer nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Und wir pochen in den Bundesländern auf den Vollzug des Naturschutzrechts.

Unsere Mission ist: Wir wollen, dass bis 2020 die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu den obersten Prinzipien der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gehört. Vom Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, dass 2015 für mindestens drei Viertel der Bevölkerung die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu den prioritären gesellschaftlichen Aufgaben zählt, ist man jedoch noch sehr weit entfernt.

Laut der von Bundesumweltministerium und Bundesamt für Naturschutz (BfN) vorgelegten Studie „Naturbewusstsein 2011“ wird dieser Anspruch derzeit gerade einmal von 23 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Umso wichtiger ist es, jetzt die Weichen zu stellen, damit Wissen, Einstellung und Handlungsbereitschaft der Menschen für die biologische Vielfalt zunehmen.

Darum engagieren wir uns im Verbund mit unterschiedlichen Bildungsakteuren dafür, dass das Bewusstsein für die Bedeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen mehr Menschen erreicht.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die UN-Generalversammlung vor knapp zwei Jahren die Dekade zur Biologischen Vielfalt (2011 bis 2020) ausgerufen. Wir haben daher die Kultusministerien aller 16 Bundesländer angeschrieben. Wir baten die Länder zu erklären, wie sie das Konzept einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Schulen umsetzen, welche Probleme/Hindernisse aufgetreten sind und wie die Vermittlung der Bedeutung der Biologischen Vielfalt im schulischen Lernen integriert wird.

Unsere Abfrage zeigte erhebliche Defizite bei der Implementierung beider in engem Zusammenhang stehender Themen auf, so dass wir die Kultusministerkonferenz im Oktober zu einer entschlosseneren Umsetzung der UN-Dekade BNE (2005 – 2014) in der Schulpolitik und einer viel stärkeren Berücksichtigung der biologischen Vielfalt in Bildung und Ausbildung aufgefordert haben.

### Die Biodiversität ist unsere Lebensgrundlage

Die Vielfalt an Lebensräumen und Arten ist unser aller Lebensgrundlage. Daher ist es der DUH wichtig, dass die Natur nicht auf der Strecke bleibt, wenn die Jahrhundertaufgabe des zur Umsetzung der Energiewende erforderlichen Ausbaus des Stromleitungsnetzes ansteht. In einem neuen Projekt wollen wir zeigen, dass gerade die heimischen Arten der hiesigen Trockenlebensräume wie etwa die Zauneidechse von einem klugen ökologischen Management auf den Stromtrassen sogar profitieren können.

Dabei ist es uns ebenso wichtig, Menschen in Netzwerken zusammen zu bringen wie Lebensräume miteinander zu vernetzen. Um die Bedeutung der Erhaltung naturnaher Ökosysteme für uns Menschen zu vermitteln, unterstützen wir die Regierung von Botswana dabei, dass das Okavango-Delta endlich den ihm gebührenden Titel und Schutz als Weltna-



turerbe bei der UNESCO erhält. Doch es geht uns nicht nur um den Schutz der Wildhunde im Süden Afrikas, sondern auch um den der zurückgekehrten Wölfe bei uns in Mitteleuropa. Daher setzen wir uns für mehr Wildnis um das Oderhaff auf deutscher wie auf polnischer Seite ein, für See- und Schreiadler, Wolf und Wisent.

Die DUH will erreichen, dass die biologische Vielfalt mehr Wertschätzung erfährt. Deshalb zeigen wir in Leuchtturmprojekten wie z. B. im Naturschutzfonds „Lebendige Wälder“, wie mehr Natur auch uns Menschen bereichern kann. Ob im Stadtwald von Bonn oder im Kurort Bad Orb im Spessart sollen Schwarzstorch, Feuersalamander, Haselmaus und Hirschkäfer „Lebendige Wälder“ vorfinden. Der „Lebendige Soonwald“ macht es vor: Dank unserer Partner im dortigen Regionalbündnis ist der Soonwald zuerst Naturpark geworden und jetzt sogar Kandidat, der erste Nationalpark in Rheinland-Pfalz zu werden.

Wir setzen uns für einen bundesweiten Biotopverbund ein und haben mit dem Netzwerk „Lebendige Flüsse“ ein starkes Bündnis, um die Durchgängigkeit von Fließgewässern politisch voranzutreiben. Damit der Lachs im Rhein und in der Elbe, die Würfelnatter an der Nahe und der Europäische Nerz im Saarland in Zukunft einen Lebensraum haben.

### Damit Fischotter nicht unter die Räder kommen

Er galt als verschollen, stark gefährdet und mancher Orts sogar als ausgestorben. Doch langsam breitet sich der seltene Fischotter von Osten kommend wieder aus – ein großer Erfolg der Gewässerschutzbemühungen. Vor allem die jungen Männchen gehen auf Wanderschaft, um neue Lebensräume zu erobern. Bis zu 40 Kilometer legen sie in einer Nacht entlang von Flüssen und Bächen mit bewachsenen Ufern zurück. Doch an Brücken lauert eine tödliche Gefahr. Die Ursache ist die natürliche Scheu von Wildtieren, unter einer dunklen Brücke hindurch zu schwimmen oder zu waten. Obwohl der Fischotter ein guter Schwimmer ist, geht er lieber trockenen Fußes unter Brücken und Durchlässen hindurch. Wenn dies nicht möglich ist, überquert er die Straße. Viele Fischotter werden deshalb überfahren.

Gemeinsam mit dem Flussbüro Erfurt untersucht die DUH Brücken in vorerst sechs thüringischen Landkreisen und baut mindestens 20 Brücken um. Das Wichtigste ist, die Gefahrenpunkte zu identifizieren und so zu gestalten, dass die Fischotter die Brücken zu Fuß unterqueren können und nicht mehr zum Verkehrsoffer werden. Wir zeigen, wie selbst mit einfachen und kostengünstigen Maßnahmen die Wanderkorridore besser entwickelt werden können. Das Projekt wird vom Freistaat Thüringen mit EU-Mitteln gefördert.

# Natürlich sozial in Stadt und Land

Die DUH ist Partner der „Kommunen für biologische Vielfalt“, denn Städte und Gemeinden sind entscheidend für den Erhalt der Biodiversität. Für den Menschen bedeutet Natur in der Stadt vor allem Lebensqualität. Die Deutsche Umwelthilfe setzt sich dafür ein, dass Menschen jeder sozialen Schicht daran teilhaben und Umweltschutz auch in kommunalen Brennpunkten groß geschrieben wird



■ Spaziergänger und Naturfreunde, Jogger, spielende Kinder, Fußballspieler und Sonnenanbeter – die städtischen Grünflächen bieten Menschen in jedem Alter eine tolle Gelegenheit zum draußen sein. Parks und Grünflächen haben eine große soziale Bedeutung für die Bewohner von Städten und Gemeinden. Die Natur in der Stadt sorgt für bessere Luft und besseres Klima, denn Bäume und Pflanzen regulieren die Umgebungstemperatur. In den Parks leben auch Tiere aller Art und manche Städte haben eine größere biologische Vielfalt als das Land drum herum. Die Natur ist entscheidend für eine hohe Lebensqualität in Städten und Gemein-

den. Stadtverwaltungen betrachten daher eine vielfältige Stadtnatur zunehmend als weichen Standortfaktor, den sie frühzeitig in die Stadtentwicklung integrieren. Die Stadtplaner arbeiten dabei immer intensiver mit den Bürgern zusammen, um eine Stadt zu schaffen, die den Menschen vor Ort gefällt und ihren Bedürfnissen entspricht. Die Deutsche Umwelthilfe bestärkt Städte und Gemeinden in ihrem Engagement und hat 2012 den Wettbewerb „Lebenswerte Stadt“ ausgeschrieben. Die Teilnahme war beachtlich: 139 Kommunen haben 160 Stadtentwicklungsprojekte eingereicht, die die Natur in der Stadt fördern und die Bürger einbeziehen.

Die sechs Siegerstädte sind entsprechend vielfältig: Andernach in Rheinland-Pfalz hat das Konzept „Essbare Stadt“ entwickelt und baut Mangold, Grünkohl und andere Gemüse- und Obstsorten auf öffentlichen Grünflächen an. Die Bürgerinnen und Bürger greifen selbst zu Harke und Schaufel, pflegen die Beete und genießen natürlich ihre Ernte.

Außergewöhnlich ist ein neuer Park in Bad Hersfeld (Hessen). Dort wurde ein komplett versiegeltes Industriegelände direkt angrenzend an die Altstadt frei. Doch anstatt die zentrale Lage für Neubauten zu vergeben, entwickelte die Stadt rund um einige erhaltene historische Gebäude mit modernen Kultur- und Bildungseinrichtungen ein 5,5 Hektar großes Parkgelände. Auch ein Bach wurde aus einem Rohr wieder an die Oberfläche geholt und ergänzt die Spielmöglichkeiten für Kinder und den Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Hamburg hat die Elbinsel Kaltehofe nach einem intensiven Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auf der Insel steht eine der ehemaligen Wasseraufbereitungsanlagen der Hansestadt, in der nach einem neuen Konzept nun Naturschutz, Kultur, Erholung und Stadtgeschichte miteinander verbunden werden. Weitere Preisträger im Wettbewerb sind Arnsberg (Nordrhein-Westfalen), Sondershausen (Thüringen) und der Berliner Bezirk Pankow. Im Mai 2013 wird aus den sechs Siegerprojekten ein Gesamtsieger gekürt.

Förderer: Stiftung „Lebendige Stadt“

## Natur für alle: Umweltgerechtigkeit durch Partizipation

Die DUH als führender Umwelt- und Verbraucherschutzverband hat das Thema Umweltgerechtigkeit auf die politische Agenda gesetzt. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und damit der friedlichen gesellschaftlichen Entwicklung, die Umweltbelastungen für Menschen mit niedrigen Einkommen zu verringern. Denn sie wohnen überdurchschnittlich oft an lauten Straßen mit schlechter Luftqualität, leiden stärker unter Dieselruß, Industrieemissionen oder Lärm. In den Stadtteilen der Geringverdiener und finanziell Schwachen fehlen oft ausreichend große Parks und Grünanlagen. Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Stadtvierteln leiden darunter besonders, haben sie doch kaum die Möglichkeit ihre Wünsche zu äußern. Naturerfahrung und Mitbestimmung sind jedoch wichtige Voraussetzungen für eine gesunde physische und psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Umweltgerechtigkeit, Naturerfahrung, Umweltbildung und Gesundheitsförderung durch Teilhabe im Wohnumfeld lassen sich jedoch vereinen, wie zahlreiche lokale Initiativen zeigen. Die DUH hat daher das Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ gegründet und in einer Ausschreibung fünf Modellprojekte ausgewählt. Beeindruckt hat uns zum Beispiel der Internationale Mädchengarten in Gelsenkirchen. Mädchen und junge Frauen gestalten dort einen Garten ganz nach ihren Vorstellungen. Viele von ihnen haben einen Migrationshintergrund, manche sind behindert und fast alle kommen aus dem Stadtteil Schalke. Der Garten ist Treffpunkt der jungen Frauen und Mädchen, sie haben Erfolgserlebnisse bei der Gestaltung der Gartenflächen und lernen ganz informell die Natur kennen. Die Aktivitäten im Mädchengarten kommen auch dem Stadtteil zu Gute, für den die jungen Gärtnerinnen schon Verbesserungsvorschläge erarbeitet haben. Die Anerkennung im Internationalen Mädchengarten stärkt ihre Identifikation mit dem Stadtteil und ihr



Verantwortungsgefühl für den Wohnort. Weitere Modellprojekte sind der Lippepark in Hamm, die „Zukunftswerkstatt Future Trend“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler, der Interkulturelle Gemeinschaftsgarten Erfurt Paradies und der Familienurwald Glogauer im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die DUH ist jeweils vor Ort und stärkt die Aufmerksamkeit der lokalen Öffentlichkeit für die positive soziale und ökologische Wirkung der Projekte. Aus den Gesprächen und Erfahrungen erarbeiten wir einen Handlungsleitfaden, um damit andere Initiativen zu unterstützen.

Förderer: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Umweltbundesamt

## Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“

Kommunen haben dank ihrer umfassenden Aufgaben in Planung, Verwaltung und Politik eine Schlüsselrolle beim Erhalt der biologischen Vielfalt. Sie können in der Bauleitplanung gezielt festlegen, dass Natur in der Stadt einen Platz hat. So können Städte und Gemeinden die Vernetzung von Biotopen innerhalb und außerhalb bebauter Bereiche fördern, Schutzgebiete ausweisen, Artenschutzpläne erstellen, Gewässer renaturieren und die kommunalen Wälder naturnah bewirtschaften.

Um die Erfahrungen, Interessen und den Beitrag der Kommunen zum Schutz der Biodiversität stärker in die öffentli-

che Diskussion einzubringen, haben sich 60 Gemeinden, Städte und Landkreise im Februar 2012 zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ zusammengeschlossen. Das Bündnis stärkt die Bedeutung der Natur im Lebensumfeld des Menschen und rückt den Schutz der biologischen Vielfalt in den Kommunen in den Blickpunkt.

Die DUH hat die Kommunen von Beginn an in ihrem Bestreben zur Gründung eines Bündnisses für biologische Vielfalt unterstützt. Neben der Organisation des Gründungskongresses, der Herausgabe eines regelmäßigen Newsletters oder dem Aufbau einer eigenen Internetpräsenz für das Bündnis, dient die DUH auch als Ansprechpartner für alle am Bündnis interessierten Personen. Die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bündnis und DUH gab schließlich den Ausschlag dafür, auch die Geschäftsführung des Bündnisses innerhalb der DUH anzusiedeln. Damit wurde strukturell eine wichtige Grundlage für eine lange und erfolgreiche Zusammenarbeit gelegt.

Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ wächst und schon im ersten Jahr haben sich 82 Kommunen angeschlossen. Die Botschaft ist klar: Städte und Gemeinden nehmen ihre Verantwortung für die biologische Vielfalt an. Die Deutsche Umwelthilfe freut sich, sie dabei zu unterstützen.

Förderer: Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

# Die Energiewende zahlt sich aus

Städte und Gemeinden investieren verstärkt in den Umbau der lokalen Energieversorgung. Sie stärken damit nicht nur den Klimaschutz, sondern auch ihre Wirtschaftskraft. Die DUH fördert das Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Energiewende und lokaler Ökonomie



■ Die Energiewende bietet Städten und Gemeinden die große Chance, ihre Bürgerinnen und Bürger mit umweltfreundlichem Strom zu versorgen. Kommunen verbessern jedoch nicht nur ihre Klimabilanz, sondern auch ihre Haushaltssituation, indem sie in Anlagen auf Basis erneuerbarer Energien investieren. Die Deutsche Umwelthilfe unterstützt mit besonderem Einsatz die Kommunen, denn von ihnen hängt das Gelingen der Energiewende maßgeblich ab.

Einige Kommunen beginnen nun selbst Windparks zu betreiben, nachdem sie bislang nur Grundstücke zur Verfügung gestellt oder sich allenfalls in einem

überschaubaren Umfang finanziell beteiligt hatten. Sie suchen nach geeigneten Rechts- und Finanzierungsformen und arbeiten mit Partnern zusammen, die den technischen Betrieb sicherstellen.

Als führender Umweltschutzverband hat die DUH die Energiewende von Beginn an politisch getrieben. Aktuell beobachten wir, dass sich auch kleinere Kommunen mit geeigneten Standorten für eigene Windparks stark machen. Dieses Engagement belegt, dass Städte und Gemeinden die Chancen der Energiewende besonders auch in ökonomischer Sicht für sich und ihre Bürger entdeckt haben.

## Gut verhandeln – Wertschöpfung stärken

Um die Erfahrungen der Vorreiter-Kommunen mit Beteiligungen in den erneuerbaren Energien auch allen anderen Kommunen zugänglich zu machen, hat die DUH mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) die Studie „Kommunale Investitionen in Erneuerbare Energien“ durchgeführt. Ziel der Studie ist, die Wertschöpfungseffekte aus dem Betrieb von Anlagen mit erneuerbaren Energien für elf Kommunen zwischen 2000 und 2010 in einer modellhaften Berechnung darzustellen.

Ausgehend von der installierten Leistung der vorhandenen Energieträger haben wir die finanziellen, ökologischen und sozialen Auswirkungen untersucht. Neben der konkreten Berechnung der kommunalen Wertschöpfung für die beteiligten Kommunen zeigt die Analyse deutlich, welches Verhandlungsgeschick Kommunen in der Vergangenheit an den Tag gelegt haben, um vom Ausbau der erneuerbaren Energien zu profitieren.

Auch ohne gesetzliche Regelung können Städte und Gemeinden an der Wertschöpfung teilhaben, indem sie mit Betreibern höhere Gewerbesteuern oder Pachteinnahmen aushandeln. Diese Einnahmen kommen den zumeist klammen kommunalen Haushalten zu Gute. Kommunen sind so gesehen nicht Zahlmeister, sondern Profiteure der Energiewende.

Förderer: Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit

## Stadtwerke profilieren sich als Vorreiter der Energiewende

Die kommunalen Stadtwerke können einen beachtlichen Teil der Wertschöpfung für die Kommune binden, indem sie verstärkt auf regenerative Energien setzen und den eigenen Kraftwerkspark entsprechend umbauen. Wie weit die Stadt- und Gemeindewerke auf dem Weg schon gekommen sind, zeigt der von der DUH ausgelobte Wettbewerb „Vorreiter der Energiewende – Stadtwerke und Erneuerbare Energien“.

In einer ersten Phase haben wir Kennzahlen zur Umstellung der Stromerzeugung und Strombereitstellung bei Stadtwerken abgefragt. Vier Stadtwerke sind besonders vorbildlich: Die Stadtwerke Pforzheim und Schwäbisch Hall, die Technischen Werke Schussental sowie die Gemeindewerke Enkenbach-Alsenborn sind bereits entscheidende Schritte auf dem Weg zu einer rein regenerativen Stromversorgung gegangen. Die DUH hat die vier Stadtwerke in Steckbriefen porträtiert und die Rolle kommunaler Energieversorger in der Energiewende in einem Hintergrundpapier skizziert.

Im Hauptwettbewerb untersuchen wir auch die Wärmebereitstellung. Außerdem fragen wir die Unternehmen, wie sie die erneuerbaren Energien in die Energieverteilernetze integrieren, welche neuen Geschäftsmodelle sie im Bereich der Energieeffizienz und -speicherung entwickeln konnten, mit welchen Kooperationen sie die Energiewende vorantreiben und wie sie die Bürger daran teilhaben lassen.

Die drei Gewinnerstadtwerke stellen wir öffentlich vor und zeichnen sie als Vorreiter der Energiewende aus. Damit andere Stadtwerke von der Praxis und den Erfahrungen der Wettbewerbsteilnehmer profitieren, stellen wir die innovativsten Stadtwerke in einer Publikation vor und fördern den Erfahrungsaustausch in thematischen Workshops.

Förderer: First Solar GmbH



## Kommunen nutzen Klimaschutz-Coaching

Zusammen mit dem Klima-Bündnis und dem Ifeu-Institut haben wir kleinere Kommunen beraten, die sich zuvor nicht mit dem großen Thema Klimaschutz beschäftigt hatten. In unserem gemeinsamen Projekt „Coaching kommunaler Klimaschutz“ haben fünf Pilotkommunen ganz konkret von unserer Erstberatung profitiert und den Klimaschutz vor Ort vorangebracht: Einige beteiligte Kommunen haben beispielsweise ein strukturiertes Energiemanagement für die eigenen Gebäude eingeführt, beachten nun verstärkt umweltfreundliche Beschaffungskriterien und weiten die Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz aus.

Doch nicht nur für die Pilotkommunen ist das Coaching ein Gewinn. Das im Projekt entwickelte Instrumentarium stellen wir allen interessierten Städten und Gemeinden über die Internetplattform [www.coaching-kommunaler-klimaschutz.de](http://www.coaching-kommunaler-klimaschutz.de) zur Verfügung. Die DUH hat zudem ein „(Durch)StarterPaket“ entwickelt. Darin finden die kommunalen Akteure Empfehlungen für Klimaschutz-Schritte in acht Handlungsfeldern wie z.B. Gebäudemanagement oder dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Das „Schnellkonzept“ vermittelt den Gemeinden einen Weg

zu einem vereinfachten und trotzdem fundierten Klimaschutzkonzept. Wir vermitteln außerdem gute Argumente, mit denen sich Skeptiker in der Kommune für einen verbesserten Klimaschutz gewinnen lassen. Der „Ideen-Pool“ bündelt zündende Einzelideen, die zumeist schon in anderen Kommunen erfolgreich umgesetzt wurden und die ein strukturiertes Vorgehen bestens ergänzen.

Das Coaching-Projekt bietet damit auch „Anfängerkommunen“ verschiedene Zugänge für den Einstieg in ein Klimaschutzmanagement, das seinen Namen verdient. Da das Coaching-Projekt ein großer Erfolg ist, planen wir die Anfänger-Beratung auf weitere Kommunen auszudehnen.

Förderer: Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt

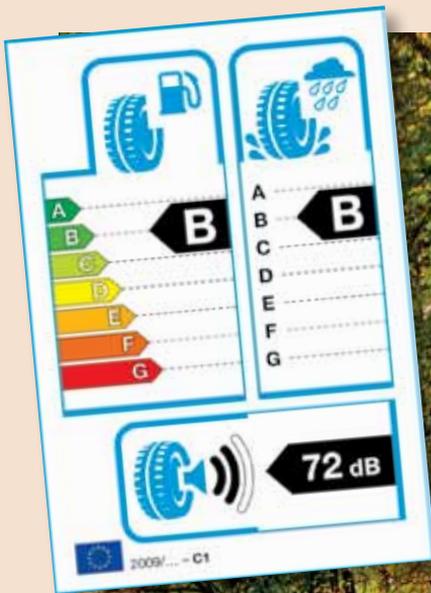
## SolarLokal stellt kommunales Engagement heraus

Nicht nur die ganz kleinen Kommunen haben mittlerweile erstaunlich große solare Anteile am Strommix. Das geht aus der auch 2012 wieder durchgeführten Befragung der Kommunen hervor, die wir gemeinsam mit der SolarWorld AG als Träger der Kampagne „SolarLokal“ nach ihrem Anteil an Sonnenstrom gefragt haben.

Wir wollten wissen, welche Kommune sich bereits auf dem Weg befindet, den lokalen Stromverbrauch rechnerisch zu 25 Prozent aus Solarstrom zu decken. Da die Privathaushalte in Deutschland 25 Prozent des Stroms verbrauchen, stellt sich die Frage, ob in Zukunft der private Stromverbrauch mit Photovoltaik gedeckt werden kann. Was es jedoch für die kommunale Wertschöpfung bedeutet, wenn sich die Idee durchsetzt, den Ausbau der erneuerbaren Energien und damit auch des Solarstroms regional stärker zu steuern, wird die Zukunft entscheiden. Spannende Fragen, die SolarLokal und den kommunalen Umweltschutz in der DUH auch in den kommenden Jahren begleiten werden.

# Mehr Klimaschutz und weniger Umweltgifte

Die DUH-Verbraucherschützer kontrollieren stichprobenhaft immer mehr umweltbezogene Verbraucherschutzgesetze. Dabei hat die DUH mehrere höchstrichterliche Entscheidungen erwirkt und es ist gerichtlich bestätigt: Die DUH arbeitet im öffentlichen Interesse



■ Während der Staat bei der Kontrolle von Gammelfleisch eingesehen hat, dass die bisherige Praxis der Selbstkontrolle der Wirtschaft ein ungeeignetes Mittel ist, verzichten die für den Vollzug von umweltbezogenen Verbraucherschutzgesetzen zuständigen Landesbehörden auch weiterhin auf behördliche Kontrollen und die konsequente Ahndung von Verbrauchertäuschungen. So wird der Versuch der EU-Kommission konterkariert, über korrekte Verbraucherkennzeichnungen dem Bürger die Möglichkeit zu geben, sich für weniger umweltbelastende Produkte zu entscheiden.

Im achten Jahr seit ihrer Anerkennung als klageberechtigte Verbraucherschutzorganisation füllt die DUH die Lücke im Vollzug und zeigt mit mehr als 1000 aufgedeckten, verfolgten und abgestellten Rechtsverstößen das ordnungsrechtliche Vollzugsdefizit der umwelt- und klimaschutzrechtlichen Vorgaben auf.

Nicht einmal die für die Information der Bürger und den Verbraucherschutz so wichtigen Verbraucherkennzeichnungen von langlebigen Konsumgütern wie Kühlschrank und Waschmaschine oder Auto werden überwacht. Dabei sind Hersteller und Handel laut EU-Recht verpflichtet, die Energieverbrauchskennzeichnungen an den jeweiligen Produkten anzubringen – und zwar gut sichtbar. Das jedoch geschieht häufig nicht, wie die DUH immer wieder feststellt.

## DUH überwacht das neue Reifenlabel

Wie groß das Potential von Energieverbrauchsangaben sein kann, wenn sie korrekt vorgenommen werden, zeigt das seit November 2012 verpflichtende Rei-

© Rainer Sturm/pixelio.de

# durch DUH-Verbraucherschutz

fenlabel. Ein Reifen mit dem geringsten Rollwiderstandsbeiwert ist besonders effizient, so dass das Fahrzeug bis zu sieben Prozent weniger Kraftstoff verbraucht. Handel und Hersteller müssen laut Gesetz Reifen mit einem Effizienzlabel auszeichnen, das die Verbraucher über die Energieeffizienz, die Nasshaftung und das Rollgeräusch des Reifens informiert. Die DUH klärt die Verbraucher über die Inhalte und Hintergründe zum Label unter [www.reifenlabel-info.de](http://www.reifenlabel-info.de) auf.

Doch trotz eines über zwei Jahre andauernden intensiven Dialogs mit dem Bundeswirtschaftsministerium und den Bundesländern über die Notwendigkeit einer behördlichen Marktüberwachung waren Ende 2012 nicht einmal die Hälfte der Bundesländer auf die anstehende Überprüfung vorbereitet, hat eine Umfrage der DUH bei den zuständigen Landesbehörden ergeben. Um das Vertrauen in die neue Verordnung zu stärken und Missbrauch zu vermeiden, forderte die DUH die Behörden auf, die Kennzeichnung konsequent zu überwachen. So lange sie nicht kontrollieren, wird die DUH stichprobenhaft die korrekte Kennzeichnung und die Korrektheit der behaupteten umweltrelevanten Angaben mit eigenen Tests überprüfen.

## Anlaufstelle Klimaschutz und Energiegerechtigkeit

Das fachliche Know-how der DUH-Verbraucherschützer zu unterschiedlichen Themen ist mehrere tausend Mal pro Jahr bei den Verbrauchern gefragt. Dabei geht es um Fragen zu umweltrelevanten Eigenschaften von so unterschiedlichen Produkten wie Energiesparlampen, Pkw-Neuwagen, Fernsehgeräten oder Partikelfiltern.

Die DUH engagiert sich für den umweltrelevanten Verbraucherschutz und fordert daher auch seit Jahren den Staat zu einer wirkungsvollen Überwachung auf. Da der Staat die Überwachung der Umwelt- und Verbraucherschutzregeln auf diverse Dienststellen der öffentli-

chen Verwaltungen verteilt hat, erschwert er damit eine effektive Kontrolle. Wir plädieren dafür, dass im Bundesumweltministerium bzw. Umweltbundesamt eine „Anlaufstelle Klimaschutz und Energiegerechtigkeit“ eingerichtet wird. Verbraucherinnen und Verbraucher können sich dann dort wenden, wenn sie vermuten, dass Elektrogeräte oder der neu angeschaffte Pkw mehr Energie verbrauchen als vom Hersteller angegeben. Da ein höherer Energieverbrauch auch mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht, konterkarieren die falschen Herstellerangaben auch die Klimaschutzziele der Energieverbrauchs-kennzeichnungsverordnung (EnVKV).

Wir setzen darauf, dass die in einer Anlaufstelle „Klimaschutz und Energiegerechtigkeit“ gemeldeten Vergehen endlich geahndet werden und dadurch wiederum ein Druck auf die Hersteller entsteht. Die DUH stellt einen zunehmenden Trend fest, dass die Energieverbrauchsangaben und damit auch die Angaben zu den zu erwartenden Kosten immer dreister geschönt werden. Solange die Behörden nicht kontrollieren, muss die Wirtschaft nicht befürchten, damit aufzufallen.

## Behörden verweigern Eingreifen gegen falsche Kennzeichnung

Die Hersteller und Händler von Haushaltsgeräten wie Waschmaschinen und Kühlschränken sind EU-weit verpflichtet, den Energieverbrauch der Geräte deutlich sichtbar an der Vorder- bzw. Oberseite der Geräte anzubringen. Die entsprechende Rechtsverordnung gilt seit bald 15 Jahren. Doch noch immer berufen sich zahlreiche Betreiber von Küchenfachgeschäften in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz auf eine Praxis der örtlichen Vollzugsbehörden. Die Überwachungsämter dulden, dass die Energieverbrauchs-kennzeichnung entgegen der europaweit geltenden Regelung im Inneren der Geräte angebracht wird. Da die EnVKV bundesweit gilt und die zugrunde liegenden EU-Richtlinien europaweit einheitlich gelten, sind solche abwei-

chenden Duldungen rechtlich unwirksam und unterlaufen einen wirksamen Klima- und Verbraucherschutz.

Die DUH hat die für den Vollzug der Kennzeichnungsverordnungen zuständigen Landesministerien darüber informiert, dass sie die unrechtmäßige Duldungspraxis der EU-Kommission anzeigen wird.

## Gericht entscheidet: Tätigkeit der DUH liegt im öffentlichen Interesse

Die DUH zögert nicht, die eklatanten Verstöße gegen die Verordnungen zur Energieverbrauchskennzeichnung vor Gericht zu bringen. Daher konnte sie auch 2012 einige richtungsweisende Entscheidungen zum Schutz des Verbrauchers bei diversen Oberlandesgerichten (OLG) erreichen.

So entschied beispielsweise das OLG Stuttgart, dass es sich bei Angaben, die der Information des Verbrauchers dienen und die zu klein angebracht sind, um einen relevanten Wettbewerbsverstoß handele. Der Gesetzeszweck, nämlich die Konfrontation des Verbrauchers mit den Pflichtangaben, könne damit nicht erreicht werden. Mit anderen Worten: Autohändler dürfen Spritverbräuche und CO<sub>2</sub>-Emissionen in Werbeanzeigen nicht verstecken.

Nachdem vereinzelte Landgerichte die Auffassung vertraten, dass ein Verstecken der Verbrauchs- und Emissionswerte im Kleingedruckten eine Bagatelle sei, hat der Bundesgerichtshof nun die Rechtsauffassung der DUH und des Oberlandesgerichts Hamm bestätigt. Die Umweltinformationen müssen gleichrangig mit dem Hauptteil der Werbebotschaft in der Anzeige aufgeführt werden.

Das Oberlandesgericht Oldenburg wies die Vorwürfe eines Autohändlers zurück, nach denen die DUH rechtsmissbräuchlich handele. Das OLG führte hingegen aus, dass die Tätigkeit der DUH im öffentlichen Interesse liege.

# Das Mehrwegsystem – ohne Alternative für

Mehrwegflaschen sind für Verbraucher eine der einfachsten Möglichkeiten, den Klimaschutz im Alltag voranzubringen. Die DUH geht daher mit allen juristischen Mitteln gegen die fortwährende Verbrauchertäuschung der Einweg-Industrie und des Handels vor. Deren Fantasie für ein Greenwashing von Dosen, Kartons und Einwegflaschen ist groß

**MEHRWEG ist KLIMASCHUTZ**

**Kaufen Sie Getränke in Mehrwegflaschen! Einwegverpackungen belasten das Klima**

Mehrweg schont die Umwelt:  
Weniger Klimakiller CO<sub>2</sub>, weniger Abfall und kürzere Transporte

Für die Umwelt  
**MEHRWEG**

Deutsche Umwelthilfe

■ Das Mehrwegsystem in Deutschland trägt maßgeblich zum Klima- und Umweltschutz bei. Allein die klassische Glas-Mehrwegflasche für Mineralwasser (0,7 Liter) wird durchschnittlich 50 Mal wieder befüllt. Eine einzige Flasche im Mehrwegsystem ist damit ebenso einsatzstark wie 25 Einweg-Plastikflaschen mit dem doppelten Füllvolumen (1,5 Liter). Die Plastikflaschen sind jedoch nach nur einem Gebrauch reiner Müll.

Die Deutsche Umwelthilfe setzt sich seit vielen Jahren engagiert für das Mehrwegsystem ein, um den ökologischen Irrsinn der Einweggetränkerverpackungen zu begrenzen. Denn „Mehrweg ist Klimaschutz“, wie unser Slogan für eine der erfolgreichsten Klimaschutzkampagnen im deutschen Einzelhandel lautet. Mit Partnerorganisationen aus der mehrwegorientierten Getränkewirtschaft vermitteln wir mit der Kampagne den Verbrauchern die guten Argumente für Getränke in Mehrwegflaschen. Und zeigen den Verbrauchern: Klimaschutz liegt in ihrer Hand.

## DUH fordert Ausweitung der Einweg-Pfandpflicht

Mehrwegflaschen schützen nachweislich die Umwelt, da sie weniger Ressourcen verbrauchen. Da gerade in Deutschland noch sehr viele mittelständische Saftersteller, Brauereien und Mineralwasserbrunnen arbeiten, wird der Großteil der Getränke in Mehrwegflaschen regional verkauft. Die kurzen Wege der Mehrwegflasche tragen ebenfalls zu ihrer guten Umwelt- und Klimabilanz bei.

Das stärkste Argument für den Klimaschutz durch das Mehrwegsystem ist jedoch die Flasche selbst: Da Mehrwegfla-

# den täglichen Klimaschutz

schen bis zu 60 Mal im Einsatz sind, entsteht bei der Produktion deutlich weniger CO<sub>2</sub>. In Deutschland könnten 1,25 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden, wenn die verbrauchten 21 Milliarden Liter alkoholfreier Getränke hierzulande ausschließlich in Mehrwegflaschen abgefüllt werden würden. Die CO<sub>2</sub>-Einsparung durch ein derartig ausgeweitetes Mehrwegsystem entspricht dem jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 575.000 Mittelklassewagen.

Die DUH streitet daher in Berlin und Brüssel für die politische Stärkung des Mehrwegsystems. Die Einwegverpackungsindustrie und die internationalen Getränkekonzerne lassen keine Gelegenheit aus, das Mehrwegsystem anzugreifen und Einwegverpackungen in den Markt zu drücken. Als ein effektives Instrument zur Stärkung des Mehrwegsystems kämpft die DUH dafür, dass auf Einwegverpackungen eine Lenkungsabgabe erhoben wird und so die umweltschädlichen Auswirkungen sich zumindest finanziell niederschlagen. Aus demselben Grund fordert die DUH auch eine Ausweitung der Pfandpflicht auf weitere Getränkesegmente und Einwegverpackungen, wie z.B. Fruchtsäfte oder Gemüsenektare in Plastikflaschen.

## Industrie und Discounter torpedieren das Mehrwegsystem

Als einziger Umwelt- und Verbraucherschutzverband geht die DUH den immer wieder kehrenden Verbrauchertäuschungen der Industrie nach. Dabei scheinen der Fantasie der Getränke- und Verpackungsindustrie kaum Grenzen gesetzt zu sein, wenn es darum geht, neue pfandfreie Verpackungen oder Getränke auf den Markt zu bringen. Vor allem die Discount-Märkte nehmen jede Gelegenheit wahr, um jede Art von Einwegverpackung an den Kunden zu bringen – und dreist als Mehrweg zu verkaufen. So mahnte die DUH erfolgreich einen Abfüller ab, der auf seine PET-Einwegflaschen das Wort „Mehrweg“ druckte und Kunden somit gezielt in die Irre führte. Egal ob in Su-

permärkten oder Handelsportalen im Internet – immer häufiger werden Einwegflaschen dreist als Mehrweg beworben, um vom umweltfreundlichen Image wiederverwendbarer Flaschen zu profitieren. Aus diesem Grund verklagte die DUH auch den Supermarktkonzern Kaiser's Tengelmann.

## Radeberger Flaschen-Schwindel mit Corona Bier

Einen Schwindel mit angeblichen Mehrwegflaschen aus Mexiko hat die DUH bei der Radeberger KG, Deutschlands größter Brauerei-Gruppe, aufgedeckt. Jahrelang hat Radeberger den Verbrauchern das beliebte Bier der Marke Corona Extra in Einwegflaschen als Mehrweg verkauft. Das Bier wird in Mexiko von dem Unternehmen Grupo Modelo in dünnwandige Flaschen abgefüllt, in weltweit 170 Länder exportiert und einzig in Deutschland als angebliche Mehrwegflasche verkauft.

Nach den Recherchen der DUH in Mexiko und im deutschen Handel musste die Radeberger KG die Verbrauchertäuschung eingestehen. Das Unternehmen hat eine Unterlassungserklärung der DUH unterschrieben und sich gegen ein Konventionalstrafversprechen verpflichtet, es zukünftig zu unterlassen, Corona Bier in Deutschland in Einwegflaschen ohne Kennzeichnung mit dem vorgeschriebenen Einweg-Logo als Mehrwegflaschen zu verkaufen.

## Tetra Pak betreibt weiter Greenwashing

Das Greenwashing von Getränkekartons geht weiter. Obwohl die Tetra Pak GmbH & Co KG vor dem Landgericht Wiesbaden gegen die Deutsche Umwelthilfe e.V. schon 2011 unterlag, setzt das Unternehmen seine irreführende Werbung und die Schönfärberei von Kartonverpackungen fort. Ende Dezember 2011 hatte das Gericht entschieden, dass Tetra Pak seine Getränkekartons nicht mehr mit der Behauptung eines „vollständigen Recyclings“ bewerben darf (Az. 12 O 58/11). Denn nur rund



ein Drittel der Materialien aus den in Deutschland verkauften Getränkekartons werden stofflich recycelt, haben Recherchen der DUH unwiderlegbar ergeben.

Tetra Pak wirbt nun in derselben Kampagne mit der Aussage, die Kartonverpackungen seien „100% recycelbar“. Die DUH sieht darin eine ebenso dreiste Verbrauchertäuschung, wie in der vorhergehenden Werbekampagne. Tetra Pak suggeriert wieder, dass die aus Papier, Aluminium und Kunststoff bestehenden Verpackungen komplett recycelt würden. Der überwiegende Anteil der Kartonverpackungen wird jedoch verbrannt.

## Dosenkonzern führt Verbraucher in die Irre

Eine dreiste Täuschung der Verbraucher sieht die DUH auch in der Werbeaussage „die Dose ist grün“, den das Unternehmen Ball Packaging auf Getränke Dosen druckt. Damit sollen Dosen das Image eines umweltfreundlichen und ökologisch verträglichen Produkts bekommen. Nach Einschätzung der DUH ist diese Behauptung unwahr. Sie widerspricht den gesetzlichen Festlegungen und den Erkenntnissen aus Ökobilanzen des Umweltbundesamtes. Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) hat daher beim Landgericht Düsseldorf Klage gegen den Dosenhersteller Ball Packaging wegen Verbrauchertäuschung eingereicht.

# Plastikmüll – kommt gar nicht in die Tüte!

Mit akribischer Recherche hat die DUH die angeblich umweltfreundlichen Bioplastikbeutel und deren Kompostierung als Verbrauchertäuschung enttarnt. Denn Bioplastiktüten sind keineswegs ökologischer als Plastiktüten aus Rohöl. Zu deren Verbannung hat die DUH eine neue Kampagne gestartet: „Einwegplastik kommt nicht in die Tüte“



■ Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Dieser Grundsatz der Umweltpolitik findet sich zwar im Kreislaufwirtschaftsgesetz wieder, doch das konsumstarke und hochindustrialisierte Deutschland produziert jedes Jahr mehr Abfall. Darin stecken jede Menge Rohstoffe und eine ganze Menge Schadstoffe. Müll ist daher in jeder Hinsicht umweltrelevant, können doch die darin enthaltenen Ressourcen noch einmal genutzt werden. Und selbstverständlich müssen die umweltbelastenden und klimaschädlichen Schadstoffe ordentlich entsorgt werden.

Die Deutsche Umwelthilfe geht seit Jahren den Stoffströmen der weggeworfenen Dinge nach. Mit unseren Recherchen haben wir schon Giftmüllskandale aufgeklärt und den illegalen Export von Elektroschrott nach Afrika und Asien

aufgedeckt. Nicht immer sind die Verstöße gegen die Umweltschutzgesetze gleich Krimi-verdächtig, aber illegal und umweltschädlich bleiben sie. So wird der Klimakiller FCKW aus den ausrangierten Kühlschränken in Deutschland durchschnittlich nur zu 40 bis 60 Prozent zurückgewonnen und ordnungsgemäß entsorgt. FCKW sind besonders klimaschädlich und müssen daher laut einer EU-Richtlinie nach der besten Technik umweltgerecht entsorgt werden. Und eine bessere Technik gibt es: Österreich, Schweden und die Schweiz schaffen es, mehr als 90 Prozent der FCKW aus alten Kühlschränken herauszuholen und unschädlich zu machen. Deshalb hat die DUH eine Beschwerde bei der Kommission in Brüssel eingereicht und um die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland gebeten. Das Verfahren läuft noch.

## Die Kampagne „Einwegplastik kommt nicht in die Tüte“

Ein besonderer Auswuchs der Wegwerfgesellschaft sind Plastiktüten. Die allermeisten Tüten werden ein einziges Mal benutzt und dann allenfalls noch als Müllbeutel verwertet. Pro Minute werden in Deutschland mehr als 10.000 Plastiktüten verbraucht, das sind 5,3 Milliarden Tüten im Jahr. Jeder einzelne hierzulande benutzt 65 Plastiktüten pro Jahr, hat das Umweltbundesamt herausgefunden. Hochgerechnet auf die deutsche Hauptstadt bedeutet das, dass Berlin 225 Millionen Plastiktüten im Jahr verbraucht und damit 4.500 Tonnen Verpackungsmüll produziert.

Diese enorme Masse Plastikmüll belastet Umwelt, Natur und selbstverständlich auch die Stadtreinigung. Die Deut-

sche Umwelthilfe hat deshalb das Projekt „Einwegplastik kommt nicht in die Tüte“ ins Leben gerufen, das von der Stiftung Naturschutz Berlin gefördert wird. Unser Ziel ist eindeutig und klar: Weniger Plastiktüten. Um den Tütenverbrauch kurzfristig zu reduzieren, schlagen wir eine Abgabe auf Plastiktüten vor, mit der auch Irland schon erfolgreich die Plastiktütenflut eingedämmt hat. Die Grüne Insel hat mit einer entsprechenden Abgabe den Verbrauch von 328 Plastiktüten pro Einwohner auf acht Tüten im Jahr gesenkt.

Die Plastikberge langfristig zu vermeiden gelingt natürlich am besten, wenn Menschen keine Plastikbeutel mehr benutzen. Wir stärken daher mit Publikationen und Veranstaltungen das Bewusstsein für das Problem unnötiger Plastiktüten. Handelsunternehmen stellt die DUH Vorlagen für die Information von Verbrauchern über die Umweltauswirkungen von Plastiktüten zur Verfügung. Außerdem möchten wir den Handel dazu bewegen, keine kostenlosen Einwegplastiktüten mehr auszugeben und die Mitarbeiter soweit zu schulen, dass sie die Kunden vor der Tütenherausgabe fragen.

Auch beim Thema Tüten gilt unser Credo: Mehrweg statt Einweg. Wir setzen uns daher dafür ein, Mehrwegtragetaschen als Alternativen zu fördern. Handelsunternehmen können clevere Mehrwegtaschensysteme anbieten, mit Rabattgutschriften ein Anreizprogramm für Mehrwegtaschen schaffen oder die guten alten Bonuspunkte an Kunden geben, die mit Mehrwegtaschen einkaufen. Die Deutsche Umwelthilfe ist davon überzeugt: Mit Kreativität lässt sich die Plastiktütenflut eindämmen.

### **Biologisch abbaubare Beutel sind nicht ökologisch: Discounter täuschen Verbraucher**

Biologisch abbaubare Plastikbeutel aus nachwachsenden Rohstoffen sind keine umweltfreundliche Alternative zur Plastiktüte. Solche Bioplastiktüten werden zum Teil aus gentechnisch modifizier-

tem Mais hergestellt, doch der größte Anteil des Materials stammt aus Rohöl. Es verwundert daher nicht, dass Bioplastiktüten nicht kompostiert werden, wie eine DUH-Umfrage bei 80 Kompostierungsanlagen ergab. Einige Städte und Gemeinden verbieten Bioplastiktüten in der Komposttonne. Die wenigen Kompostwerke, die biologisch abbaubare Tüten im Bioabfall noch annehmen, sortieren die nicht zersetzten Reste aus dem Kompost aus. Herstellerunternehmen der Chemiebranche teilten mit, dass Bioplastiktüten nicht für die Eigenkompostierung vorgesehen sind.

Dennoch haben die Discounter ALDI Nord, ALDI Süd und REWE auf ihren Einweg-Einkaufstüten mit dem Aufdruck geworben, die Tüten seien „biologisch

abbaubar“ und besonders umweltfreundlich. Alle drei Unternehmen bedruckten ihre Einkaufstüten aus Bioplastik unter anderem mit Sprüchen wie „100% kompostierbar“, „so weit wie möglich aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt“ oder „gemeinsam Gutes tun“.

Ein glatter Fall von Verbrauchertäuschung und erstklassigem Greenwashing, den die DUH aufgeklärt hat. In Unterlassungserklärungen haben sich die drei Unternehmen verpflichtet, ihre Plastiktüten nicht mehr als „100% kompostierbar“ und „soweit wie möglich aus erneuerbaren Rohstoffen hergestellt“ zu bewerben. Die umstrittenen Bioplastiktüten haben die Handelsketten aus dem Sortiment genommen.

## Der Umwelt-Service-Check in Baumärkten und Wertstoffhöfen

Alte Energiesparlampen und Leuchtstoffröhren enthalten kleine Mengen Quecksilber, in gebrauchten Bauschaumdosen findet sich in den Resten das gesundheitsschädliche Isocyanat. Weder Energiesparlampen noch die sogenannten PUR-Schaumdosen dürfen daher in den Hausmüll. Handelsunternehmen müssen ihre Kunden darüber informieren, dass Bauschaumdosen getrennt gesammelt werden müssen, damit sie anschließend umweltgerecht entsorgt werden können.

Doch Baumärkte informieren ihre Kunden darüber nur unzureichend, hat unser bundesweiter Service-Check in mehr als 100 Baumarktfilialen ergeben. Bei der Verbraucherinformation zu Entsorgungsmöglichkeiten erreichten die Baumärkte durchschnittlich nur ein „mangelhaft“.

Kommunale Sammelstellen sind leider auch nicht besser. Sie sollten es dem Bürger eigentlich leicht machen, sich umweltfreundlich und gesetzeskonform zu verhalten. Für den Verbraucher bestehen jedoch erhebliche Hürden die restleerten Bauschaumdosen bei öffentlichen Sammelstellen abzugeben. Unsere bundesweiten Testbesuche bei kommunalen Sammelstellen haben gezeigt, dass die Mitarbeiter nicht ausreichend geschult sind, dass kaum Behälter für die abschließliche Sammlung von PUR-Schaumdosen aufgestellt sind und Informationsmaterialien für die Bürger fehlen. In 40 Prozent der getesteten Sammelstellen wurden PUR-Schaumdosen nicht sachgerecht entsorgt. Jede fünfte kommunale Sammelstelle hat die Rücknahme von PUR-Schaumdosen schlichtweg verweigert.

# Eine Welt gemeinsam entwickeln

Der Regionalverband Nord ist 2012 mit seinen Projekten für eine nachhaltige Ernährung und den biologischen Anbau ein Teil der UN-Dekade für Nachhaltige Entwicklung. Anerkennung für die Entwicklungsprojekte im Hand in Hand Fonds bekamen wir auch vom Bundespräsidenten

■ Großer Andrang im Umwelt Café von DUH und Rapunzel Naturkost. Im Garten von Schloss Bellevue in Berlin waren wir zu Gast bei Bundespräsident Joachim Gauck. Der Hausherr besuchte uns zusammen mit Umweltminister Peter Altmaier und Vandana Shiva, Trägerin des alternativen Nobelpreises und Kämpferin für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Im Umwelt Café haben wir 12.000 Tassen köstlichen Biokaffee und Tee ausgeschenkt. Der Erlös kommt dem Hand in Hand-Fonds zugute, mit dem DUH und Rapunzel Naturkost zusammen ökologische und soziale Entwicklungsprojekte in Asien, Afrika und Lateinamerika unterstützen.



## Nachhaltig gesund essen

■ Jugendliche Obstbaumpaten hat der Regionalverband Nord rund um Hannover ausgebildet. Schülerinnen und Schüler hatten im Herbst des Vorjahres Obstbäume in den Gärten ihrer Schu-

len oder Kindergärten gepflanzt und die Patenschaft übernommen. Im Frühjahr haben sie von einem Baumschulmeister den professionellen Schnitt für ihre Bäume gelernt, damit die Bäume lange Zeit eine reiche Ernte bescheren.



Gesunde Ernährung von der Streuobstwiese bis in die Schulkantine sind die Schwerpunkte des Regionalverbands Nord. Mit den Themen Umweltbildung und Ernährung ist der Regionalverband auch offizielles Projekt der UN-Dekade für Nachhaltige Entwicklung. Dank der finanziellen Unterstützung der Alcoa Foundation haben die DUH-Ernährungsexpertinnen Kochworkshops an Schulen durchgeführt und Lehrerinnen und Lehrer zum Thema nachhaltige Ernährung geschult. Denn frisches, gesundes Essen in der Pause steigert die Leistung – von Schülern und Lehrern.

Um auch vom großen Wissensschatz älterer Menschen für den Naturschutz zu profitieren, hat die DUH Nord das Projekt „Grüne Inseln – Alt und Jung engagieren sich für Bienen- und Streuobstwiesen“ gestartet. Die DUH bringt generationenübergreifend Menschen zusammen und sensibilisiert sie für die Bedeutung von Bienen für Landwirtschaft, Ernährung und das ökologische Gleichgewicht. Dabei können die Älteren ihr Wissen, das üblicherweise sehr viel mehr von der Natur geprägt ist als die jüngerer Generationen, den Kindern vermitteln. Gemeinsam besuchen Kinder und Senioren daher Imker, um deren Arbeit und die Bienenstöcke kennen zu lernen. Zum Schutz der Bienen werden auf den Außengeländen der Seniorenanlagen und Schulen bzw. Kindergärten gemeinsam bunt blühende Bienenwiesen angelegt und Wildbienenhotels gebaut und gepflegt.

# Der UmweltMedienpreis 2012



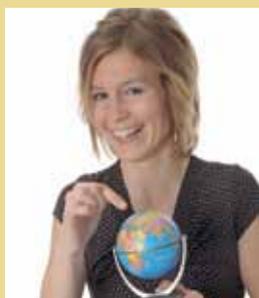
Journalistinnen und Journalisten haben eine herausragende Bedeutung in der Vermittlung von Umwelt- und Naturschutzthemen. Sie tragen entscheidend zum Bewusstsein für Natur und Umwelt in Politik und Gesellschaft bei. Ihrer Recherche, ihren kritischen Fragen und scharfen Analysen verdanken wir, dass Themen aus Umwelt- und Naturschutz vielschichtig behandelt werden und einen festen Platz in der Berichterstattung haben. Zeitungen, elektronische Medien, Radio und Fernsehen berichten von den Auswirkungen des Klimawandels in fernen Weltregionen, sie zeigen die Verwüstung durch Umweltschäden ebenso wie die Bilder atemberaubender Natur und faszinierender Tiere. Die Medien bereiten damit den Boden, auf dem Umwelt- und Naturschützer die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen vorantreiben können.

Die DUH würdigt die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten seit vielen Jahren mit dem UmweltMedienpreis. Jedes Jahr im Dezember vergeben wir an Journalisten, Redaktionen, Autoren, Filmemacher oder auch an Wissenschaftler den Preis für „herausragende Leistungen bei der journalistischen und schriftstellerischen Auseinandersetzung mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“, wie es in der Ausschreibung heißt. Unterstützt wird der UmweltMedienpreis von der Telekom Deutschland.

## Die Preisträgerinnen und Preisträger des 17. UmweltMedienpreises

### Kategorie Hörfunk

**Christina Schwarz**, Redakteurin und Moderatorin Radio 7 Klimaradio



### Kategorie Printmedien

**Verena Schmitt-Roschmann**, Ressortleiterin Politik „Der Freitag“



### Kategorie Neue Medien

**Uli Henrik Streckenbach**, Autor und Regisseur des Animationsfilms „Stoppt die Überfischung“



### Kategorie Fernsehen/Film

**Maite Kelly** und **Theo West**, Moderatoren mit **Konstantin Pick** Redaktionsleiter bei ITV Studios Germany für das ZDFneo Verbraucherschutzmagazin „Da wird mir übel“



### Kategorie Lebenswerk

**Prof. Dr. Joachim Radkau**, Professor für Neuere Geschichte mit Schwerpunkt Umwelt, Universität Bielefeld



# Das Leitungsteam



■ **Michael Spielmann** ist seit September 2012 Bundesgeschäftsführer der DUH. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Energiewende, dem Klima- und dem Naturschutz. Der DUH ist Michael Spielmann bereits seit dem Jahr 2000 als ehrenamtliches Mitglied des Vorstands verbunden und war viele Jahre stellvertretender Vorsitzender. Er hat als Geschäftsführer die Heinz-Sielmann-Stiftung geleitet, war Geschäftsführer der BUND-Landesverbände Baden-Württemberg und Thüringen. Michael Spielmann ist Diplom-Politologe und hat Volkswirtschaft studiert. Seit mehr als 20 Jahren engagiert er sich in zahlreichen Ehrenämtern, zum Beispiel als Präsident der Naturstiftung David und als Vorstand der Karl Gmandt-Stiftung.



■ **Jürgen Resch** führt die DUH als Bundesgeschäftsführer bereits seit 1986. Jürgen Resch hat die Einführung schwefelfreier Kraftstoffe und Dieselrußpartikelfilter durchgesetzt, er hat vor dem Europäischen Gerichtshof das „Recht auf saubere Luft“ in unseren Ballungszentren erstritten und maßgeblich zum Erhalt des klimafreundlichen Mehrwegsystems in Deutschland beigetragen. Zur Durchsetzung von Energieeffizienz, Luftreinhaltung und Klimaschutz schmiedet Resch ungewöhnliche Allianzen mit Unternehmen, Vertretern aus Politik und Verbänden. Ehrenamtlich tätig ist Jürgen Resch im Stiferrat des Global Nature Fund und als Vorstandsmitglied der Tropenwaldstiftung OroVerde.



■ **Dr. Peter Ahmels** leitet den Bereich Erneuerbare Energien und das Forum Netzintegration in Berlin. Er ist promovierter Agrarwissenschaftler mit eigenem Hof in Ostfriesland und war von 1997 und 2007 Präsident des Bundesverbands Windenergie (BWE).



■ **Dorothee Saar** leitet den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung. Sie hat Landschaftsplanung in Berlin studiert, hat mehrere Jahre freiberuflich als Diplom-Ingenieurin in der Landschaftsplanung mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastrukturplanung gearbeitet und war Projektleiterin für energieeffiziente Verkehrssysteme bei der dena. Bei der DUH ist sie seit 2006.



■ **Maria Elander** leitet den Bereich Kreislaufwirtschaft in Berlin. Zuvor war sie im Umweltbundesamt in der Abteilung technischer Umweltschutz und als Referentin für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit beim Nabu tätig. Maria Elander hat in Schweden technische Physik, Umweltpolitik und Umweltmanagement studiert und lebt seit 2002 in Deutschland.



■ **Michael Hadamczik** leitet den Bereich Marketing und Finanzen und die Bundesgeschäftsstelle in Radolfzell. Er ist studierter Diplom-Volkswirt, war Geschäftsführer des Öko-Test-Verlages und dann viele Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.



■ **Dr. Gerd Rosenkranz** ist seit 2004 Leiter Politik und Presse im Büro Berlin. Zuvor hat er für das Magazin Der Spiegel, die Tageszeitung taz und als freier Journalist mit den Schwerpunkten Umwelt und Energie gearbeitet. Studiert hat Gerd Rosenkranz Werkstoffwissenschaften (Dipl. Ing.) und Kommunikationswissenschaft in Stuttgart.



■ **Ulrich Stöcker** leitet seit Juli 2009 den Bereich Naturschutz in Berlin. Davor war er Leiter des Referats „Grundsatz- und Rechtsfragen des Naturschutzes“ im Umweltministerium Brandenburg. Ulrich Stöcker hat Jura u.a. in Saarbrücken und Lausanne studiert, für das Umweltbundesamt und das UN-Umweltprogramm gearbeitet.



■ **Dagmar Israel** leitet seit Oktober 1990 die Geschäftsstelle in Hannover und den Regionalverband Nord. Sie ist Gymnasiallehrerin für Biologie und Geographie, hat bei einer Unteren Naturschutzbehörde als Biologin gearbeitet und Umweltschutztechniker ausgebildet. Ehrenamtlich engagiert sich Dagmar Israel als 1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Niedersachsen/Bremen und im Vorstand des Vereins „Umweltschulen für Europa“.



■ **Agnes Sauter** leitet seit April 2009 den Bereich Verbraucherschutz in Radolfzell. Sie kennt alle Facetten der DUH-Verbandsarbeit, da sie seit 1998 in leitender Funktion in der Bundesgeschäftsstelle tätig ist. Agnes Sauter ist Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin und war vor ihrem Einstieg bei der DUH Geschäftsführerin des Malteser Hilfsdiensts in Esslingen.



■ **Albert Wotke** leitet das Berliner Büro der DUH seit dessen Gründung 2001 und führt die Geschäfte des Regionalverbands Ost. Nach dem Biologiestudium in Freiburg lehrte und forschte er zu Vegetations- und Naturschutzthemen am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung. Seit seiner frühen Jugend engagiert sich Albert Wotke ehrenamtlich im Naturschutz, u.a. beim BUND.



■ **Dr. Cornelia Nicklas** leitet den Bereich Recht in der Geschäftsstelle Berlin. Sie hat in Frankfurt/Main Jura studiert und als Umweltjuristin für Ecologic im Bundesumweltministerium, als Rechtsanwältin und als Referentin im Öffentlichen Dienst gearbeitet.



■ **Robert Spreter** leitet den Bereich Kommunalen Umweltschutz in Radolfzell. Er kam 2002 zur DUH und hat maßgeblich die Wettbewerbe Zukunftsfähige Kommune und Bundeshauptstadt im Klimaschutz entwickelt. Nach einer Ausbildung zum Vermessungstechniker hat Robert Spreter Landschaftsplanung und Städtebau studiert und engagierte sich in der BUNDJugend für den Naturschutz.



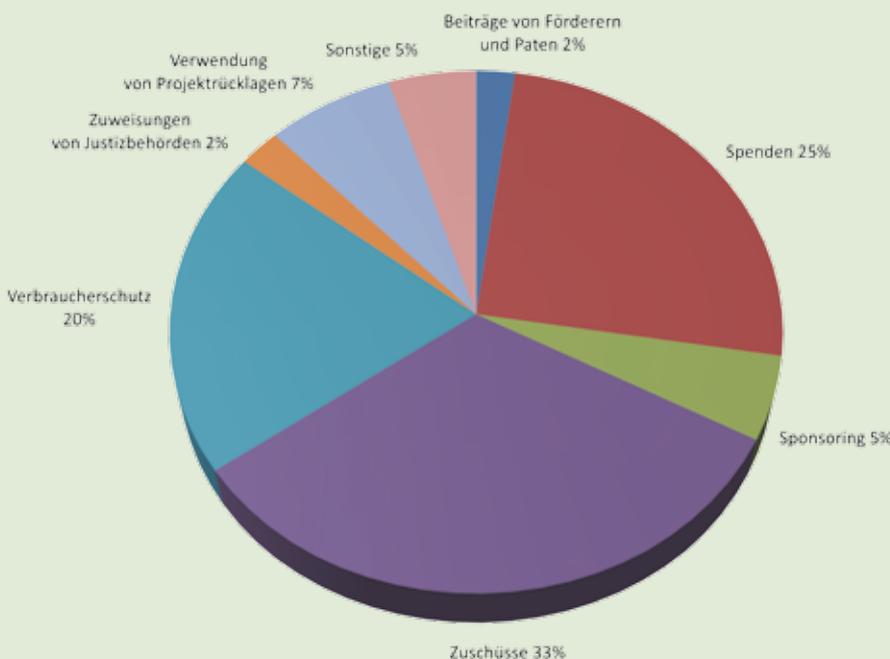
■ **Dr. Cornelia Ziehm** leitet seit März 2009 den Bereich Klimaschutz und Energiewende in Berlin. Sie war Staatsrätin für Umwelt, Europa und Entwicklungszusammenarbeit in Bremen und hat von 2005 bis 2007 den Bereich Recht und Verbraucherschutz bei der DUH geleitet. Cornelia Ziehm hat Jura u.a. in Hamburg studiert, war als Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Umwelt-, Bau- und Planungsrecht tätig.

# Umweltengagement braucht eine verlässli

Eine breite Basis von öffentlichen Geldgebern, Unternehmensspenden und privaten Spendern sichert die Finanzen der DUH. Nachhaltige Umwelt- und Naturschutzarbeit stützt sich auf eine effiziente Verwaltung und ein solides Finanzmanagement.

## Erträge der DUH 2011 (in Tausend Euro, gerundet) \*

	2011	2010
Beiträge von Förderern und Paten	160	154
Spenden	1.864	2.269
Sponsoring	381	
Zuschüsse	2.391	1.971
Verbraucherschutz	1.489	1.277
Zuweisungen von Justizbehörden	174	128
Verwendung von Projektrücklagen	529	633
Sonstige	364	890
	7.352	7.322



### \*Anmerkungen:

Der geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2012 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2012) noch nicht vor. Da wir nur testierte Zahlen veröffentlichen, finden Sie hier die Zahlen des Jahresabschlusses 2011.

Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

Engagement, Kompetenz und Begeisterung für die Aufgabe sind die Grundlage unserer Arbeit, aber ohne eine solide finanzielle Basis wäre die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe nicht möglich. Um Abhängigkeiten zu vermeiden und Schwankungen auszugleichen, sind wir darum bemüht, eine gute Mischung unserer Einnahmen zu erreichen, mit denen wir die Arbeit von mittlerweile 86 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen. Auf regelmäßige Mitgliederbeiträge oder eine institutionelle Förderung kann die DUH dabei nicht bauen.

Das Haushaltsvolumen hat sich 2011 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht. Anders als in den Vorjahren ist es der DUH nicht ganz gelungen, den Haushalt vollständig auszugleichen. Die Verwaltungskosten sind trotz wachsender Anforderungen nur leicht gestiegen.

## Einnahmen: Die Mischung macht's

Die Basis sind dabei die regelmäßigen Zuwendungen unserer Förderer und Paten und die Spenden vieler Menschen, die unsere Arbeit teilweise schon seit vielen Jahren unterstützen. Dazu kommen Projektzuschüsse, die etwa zur Hälfte aus öffentlichen Quellen stammen, vorwiegend vom Bund und der Europäischen Union, und zur anderen Hälfte von privaten Stiftungen bereitgestellt werden.

Auch Spenden und Sponsoringbeiträge von Unternehmen tragen zu den Einnahmen bei. Hinzu kommen Einnahmen des Verbraucherschutzes, die zum größten Teil aus der Kontrolle von Unternehmen stammen, die gegen die Re-

# che Finanzbasis

geln der Energieverbrauchskennzeichnung verstoßen haben. Zuweisungen von Justizbehörden, in Form sogenannter Bußgelder, tragen ebenfalls zu den Einnahmen bei.

Bei der Verwendung von Projektrücklagen handelt es sich um Geld, das im Vorjahr eingenommen worden war, aber erst im Jahr 2011 zweckgebunden eingesetzt werden konnte. Den größten Anteil der Sonstigen Einnahmen macht im Jahr 2011 eine einzelne Erbschaft aus, auch Zinserträge spielen hier eine Rolle.

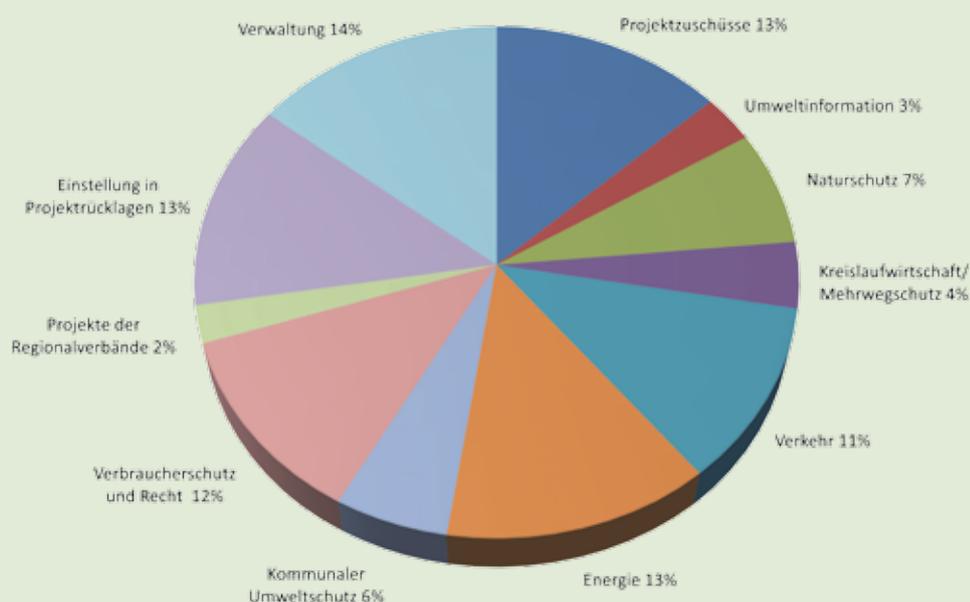
## Ausgaben: Das Geld gut einsetzen

Die meiste Arbeit steckt die DUH in die Projekte für Umwelt- und Klimaschutz, für den Naturschutz und die Durchsetzung der Verbraucherrechte. Den überwiegenden Teil der verfügbaren Finanzen setzen wir dafür ein. Das Geld fließt in Artenschutzprojekte, in Projekte für eine ökologisch vorteilhafte Kreislaufwirtschaft, in den Klimaschutz und die Luftreinhaltung im Verkehrssektor. Wir organisieren Umweltwettbewerbe, veranstalten Informationskampagnen, Kongresse und Veranstaltungen und betreiben eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Für diese Aufgaben standen 86 Prozent unserer finanziellen Mittel im Jahr 2011 zur Verfügung.

Schon die finanziellen Größen zeigen, dass die DUH ein breites Spektrum an Themen bearbeitet. Die zahlenmäßig größten waren im Jahr 2011 die Energiepolitik, der Verbraucherschutz und die Verkehrspolitik. Etwas kleiner, aber nicht weniger wichtig folgen die Arbeitsfelder Naturschutz, Kommunaler

## Ausgaben der DUH 2011 (in Tausend Euro, gerundet)

	2011	2010
<b>Projektzuschüsse</b>	<b>1.007</b>	<b>748</b>
<b>Umweltinformation</b>	<b>229</b>	<b>203</b>
<b>Naturschutz</b>	<b>545</b>	<b>513</b>
<b>Kreislaufwirtschaft/Mehrwegschutz</b>	<b>315</b>	<b>380</b>
<b>Verkehr</b>	<b>857</b>	<b>773</b>
<b>Energie</b>	<b>1.015</b>	<b>1.044</b>
<b>Kommunaler Umweltschutz</b>	<b>434</b>	<b>408</b>
<b>Verbraucherschutz und Recht</b>	<b>902</b>	<b>922</b>
<b>Projekte der Regionalverbände</b>	<b>179</b>	<b>175</b>
<b>Einstellung in Projektrücklagen</b>	<b>988</b>	<b>529</b>
<b>Verwaltung</b>	<b>1.093</b>	<b>884</b>
	<b>7.564</b>	<b>6.579</b>



**Bilanz Deutsche Umwelthilfe e.V.**

Aktiva	2011 in €	2010 in Tsd. €	Passiva	2011 in €	2010 in Tsd. €
<b>Anlagevermögen</b>	<b>147.216</b>	<b>159</b>	<b>Freie Rücklagen</b>	<b>1.244.969</b>	<b>1.457</b>
Sachanlagen	46.705	59			
Finanzanlagen	100.511	101	<b>Zweckgebundene Rücklagen</b>	<b>1.436.275</b>	<b>949</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>3.677.991</b>	<b>3.512</b>	Projektrückstellungen	1.197.690	728
Forderungen	68.473	64	Sonstige Rückstellungen	238.585	222
Kasse, Banken	2.885.999	2.270			
Sonstige Vermögensgegenstände	723.519	1.178	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>930.456</b>	<b>982</b>
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>12.227</b>	<b>38</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>225.734</b>	<b>320</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.837.434</b>	<b>3.709</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.837.434</b>	<b>3.709</b>

Umweltschutz sowie Kreislaufwirtschaft und Mehrwegschatz.

Die Projektzuschüsse, die die DUH vergibt, sind ein wichtiger Teil unseres Engagements. Mit ihnen stellen wir unseren Partnerorganisationen finanzielle Mittel bereit und ergänzen damit sinnvoll unsere eigene Projektarbeit. Projektzuschüsse haben wir im Jahr 2011 vornehmlich in den Bereichen Verkehr, Naturschutz und Kommunaler Umweltschutz vergeben. Kleinere Zuschüsse in großer Zahl vergeben wir aus den Erträgen der Haus- und Straßensammlung und der Althandysammlung.

**Bilanz: Feste Basis**

Die Bilanzsumme ist mit 3,8 Millionen Euro ähnlich groß wie im Vorjahr. Die freien Rücklagen liegen nunmehr bei 1,2 Millionen Euro.

**Geprüfte Finanzen**

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12. 2011 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

**Mitarbeiter**

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum 30.11.2012 insgesamt 86 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 39 in der Geschäftsstelle Radolfzell, 41 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere 4 in der Geschäftsstelle Hannover sowie je eine im Projektbüro Elbe in Köthen und im Projektbüro Erfurt.

**Bundesvorstand**

**Professor Dr. Harald Kächele**, Berlin  
Vorsitzender

**Burkhard Jäkel**, Betzendorf  
stellvertretender Vorsitzender

**Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler**,  
Hannover  
stellvertretender Vorsitzender

**Corinna Cwielag**,  
Schwerin

**Professor Dr. Margit Mönnecke**,  
Malans (CH)

**Michael Rothkegel**, Frankfurt

**Dr. Thomas Schaefer**, Konstanz

**Susanne Schubert**, Siegburg

**Sabine Weisschedel-Brass**,  
Ausserberg (CH)

**Oliver Drifthaus**,  
Leinfeld-Echterdingen  
Berater

**Bundesgeschäftsführer**

**Jürgen Resch**

**Michael Spielmann**

**Bundesgeschäftsstellen****Leiter der Geschäftsstelle Radolfzell:**

Michael Hadamczik  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Telefon 07732 9995-0  
Telefax 07732 9995-77  
E-Mail: info@duh.de

**Leiter der Geschäftsstelle Berlin:**

Albert Wotke  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Telefon 030 2400867-0  
Telefax 030 2400867-19  
E-Mail: duh-ost@duh.de

**Leiterin der Geschäftsstelle Hannover:**

Dagmar Israel  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Telefon 0511 390805-0  
Telefax 0511 390805-19  
E-Mail: duh-nord@duh.de

**Regionalverbände****Regionalverband Süd:**

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Telefon 07732 9995-23  
Telefax 07732 9995-77  
E-Mail: hellwig@duh.de

**Regionalverband Ost:**

Ansprechpartner: Albert Wotke  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Telefon 030 2400867-0  
Telefax 030 2400867-19  
E-Mail: duh-ost@duh.de

**Regionalverband Nord:**

Geschäftsführerin des Regionalverbandes:  
Dagmar Israel  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Telefon 0511 390805-0  
Telefax 0511 390805-19  
E-Mail: duh-nord@duh.de

**Projektbüros****Projektbüro Elbe:**

Ansprechpartnerin: Ines Wittig  
Poststr. 7  
06366 Köthen  
Telefon 03496 210009  
Telefax 03496 210008  
E-Mail: lebendigeelbe@duh.de

**Projektbüro Erfurt:**

Ansprechpartner: Ercan Ayboga  
Fischersand 43  
99084 Erfurt  
Telefon 0361 76402-08  
Telefax 0361 76402-100  
E-Mail: ayboga@duh.de

